



Mit Unterstützung von:
**STIFTUNG
MERCATOR**

Von Anreizen zu Befähigung

Ein Praxisleitfaden
für sozial gerechten
Klimaschutz in
Städten

INCLU:DE - Sozial gerechter
Klimaschutz vor Ort

AUTOR:INNEN	Rebecca Wessinghage, ICLEI World Secretariat Anina Hartung, ICLEI World Secretariat Daniel Botha, ICLEI European Secretariat Jannis Niethammer, ICLEI European Secretariat Emily West, ICLEI European Secretariat
REZENSENT:INNEN UND MITWIRKENDE	Dr. Magash Naidoo, ICLEI World Secretariat Annika Dörrhöfer, ehemals ICLEI World Secretariat INCLU:DE Städtevertreter:innen Dr. Raphael Karutz und Felicitas Müller, Stadt Bonn Christopher Sadlowski, Stadt Dortmund Dr. Björn Ahaus, Stadt Essen Viktoria Reith, Stadt Heidelberg Lena Völlinger, Stadt Ludwigsburg Rezensent:innen der Fallstudien Braden Latham-Jones, Stadt Austin Amy Harrison, Bristol Climate & Nature Partnership Mark Leach, Stadtrat Bristol Bob D'Haeseleer, ehemalig Stadt Eeklo Mandy Lin, Stadt Kaohsiung Miguel Macias Sequeira, Lumiar Renewable Energy Community Christian Bjørneland, Stadt Malmö Sarah Emerson, Stadt San José
DESIGN	Felix Duterte Olga Tokareva, ICLEI World Secretariat
TITELBILD	© Bürgerverein Vilich-Müldorf e.V.
HERAUSGEBER	ICLEI – Local Governments for Sustainability e.V. Kaiser-Friedrich-Strasse 7 • 53113 Bonn www.iclei.org
URHEBERRECHT	© 2025 ICLEI – Local Governments for Sustainability e.V. Alle Rechte vorbehalten. Das ICLEI World Secretariat hält das Urheberrecht an dieser Veröffentlichung, einschließlich Text, Analysen, Logos und Layout-Designs. Anfragen zur teilweisen oder vollständigen Reproduktion oder Zitierung von Materialien sind an circular.development@iclei.org zu richten. ICLEI ermutigt zur Nutzung und Verbreitung dieses Praxisleitfadens; die Erlaubnis, dieses Material ohne Änderungen zu vervielfältigen, wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos erteilt.
ZITIERWEISE	Diese Publikation sollte zitiert werden als: <i>ICLEI (2025). Von Anreizen zu Befähigung: Ein Praxisleitfaden für sozial gerechten Klimaschutz in Städten. Bonn/Freiburg.</i>

Inhalt

ÜBER DIESEN LEITFADEN	4
EINLEITUNG	7
i. Wie gerechtigkeitsblinde Klimaschutzmaßnahmen bestehende Ungleichheiten verstärken	7
ii. Wie soziale Gerechtigkeit und Einbeziehung in Klimaschutzmaßnahmen integriert werden können	7
1. HERAUSFORDERUNGEN GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE	10
Bedürfnisse der Zielgruppen verstehen und Beteiligungsbarrieren abbauen	
1.1. Zugangsbarrieren der traditionellen Klimaschutzarbeit	11
1.2. Grundlagen für die Zusammenarbeit mit benachteiligten Gruppen	12
1.3. Wirksame Öffentlichkeitsarbeit und gemeinschaftliches Engagement	15
1.4. Befähigung von lokalen Gemeinschaften, den Klimaschutz mitzugestalten	19
2. KONZEPTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN	22
Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit bei der Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen	
2.1. Ein Modell zur systematischen Einbindung sozialer Gerechtigkeit in die Projektgestaltung	23
2.2. Abbau von Zugangsbarrieren für verbesserte Teilhabe an Klimaschutzprogrammen	27
2.3. Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteur:innen für bessere Programmergebnisse	31
2.4. Wie Kommunen gemeinschaftlich getragene Programme fördern und unterstützen können	34
3. INSTITUTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN	37
Strategische Verankerung von sozial gerechtem Klimaschutz in der Kommunalverwaltung	
3.1. Institutionelle Barrieren auf kommunaler Ebene erkennen	38
3.2. Politische Unterstützung und strategische Mandate sichern	40
3.3. Ressortübergreifende Zusammenarbeit und interne Kapazitätsentwicklung fördern	42
3.4. Strategische Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft aufbauen	46
3.5. Förderliche Rahmenbedingungen für sozial gerechten Klimaschutz schaffen	48
FAZIT UND AUSBLICK	50
Was Empowerment für sozial gerechten Klimaschutz in Städten bedeutet	
ANHANG	52
Über das Projekt INCLU:DE	52
Soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz verankern: Die INCLU:DE-Städteprofile	52
Liste der Fallstudien und Links	63
Literaturhinweise	66





Über diesen Leitfaden

In Zeiten wachsender Polarisierung rund um den Klimaschutz sind eine gemeinsame Vision der Zukunft und ein Gefühl der kollektiven Verantwortung für die Transformation wichtiger denn je. Das Zeitfenster, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen und sich an seine Folgen anzupassen, schließt sich rapide, was einen beschleunigten Klimaschutz auf lokaler und globaler Ebene unerlässlich macht. Doch die Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft wird langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht verfolgt wird. Ohne soziale Gerechtigkeit läuft Klimaschutz Gefahr, Gräben zu vertiefen, Vertrauen zu untergraben und Transformationsmüdigkeit zu fördern.

Soziale Gerechtigkeit definiert auch neu, wie Klimaschutzmaßnahmen aussehen müssen. Der Aufbau einer nachhaltigen Zukunft geht über die Emissionsreduzierung hinaus. Er bedeutet, Lösungen zu entwickeln, die die gelebten Realitäten aller Teile der Gesellschaft widerspiegeln und ökologische, ökonomische sowie soziale Ziele in Einklang bringen. Und er bedeutet, insbesondere die Partizipation und Teilhabe unterrepräsentierter Gruppen an der Gestaltung von Entscheidungsprozessen und Maßnahmen (sowie deren anschließender Umsetzung) zu ermöglichen und zu befähigen, um sicherzustellen, dass Klimaschutzmaßnahmen wirklich inklusiv und effektiv sind.

Diese Bemühungen stehen im Zentrum des Projekts [INCLU:DE – Sozial gerechter Klimaschutz vor Ort](#) das von ICLEI – Local Governments for Sustainability (ICLEI) durchgeführt und von der Stiftung Mercator unterstützt wird. Als wir dieses Projekt 2023 mit fünf deutschen Städten – Bonn, Dortmund, Essen, Heidelberg und Ludwigsburg – begannen, war unser gemeinsames Ziel, Kommunen dabei zu unterstützen, soziale Gerechtigkeit substanzieller in ihre lokalen Klima-Initiativen einzubetten. Von Anfang an war klar, dass dies nicht nur technische Lösungen erfordern

würde, sondern auch einen Wandel im Denken, in der Prioritätensetzung und in der Praxis.

Ein Großteil unserer Arbeit konzentrierte sich seitdem darauf:

- **Ein gemeinsames Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zu schaffen** und diese Prinzipien auf die Gestaltung kommunaler Klimastrategien und -programme anzuwenden;
- **Effektive Ansätze für Teilhabe und Beteiligung zu entwickeln** um sicherzustellen, dass benachteiligte Gruppen diese Programme aktiv mitgestalten und von ihnen profitieren können; und
- **Die strategische Abstimmung der Gerechtigkeits- und Klimaziele** über die kommunalen Dezernate und Entscheidungsprozesse hinweg zu stärken.

In diesem Leitfaden argumentieren wir, dass lokale Klimaschutzmaßnahmen nur dann erfolgreich und nachhaltig sein werden, wenn sie alle Teile der Gesellschaft einbeziehen und ermächtigen. Dies zu erreichen, ist jedoch keine leichte Aufgabe. Politische Entscheidungsträger:innen, Verwaltungsangestellte und andere Akteure aus der lokalen Praxis stehen vor einer komplexen Mischung aus konzeptionellen, strukturellen und institutionellen Herausforderungen. Viele Städte agieren unter starken finanziellen Beschränkungen, begrenzter Personalkapazität und konkurrierenden Prioritäten. Selbst die motiviertesten Einzelpersonen sehen ihre Bemühungen oft eingeschränkt durch die strukturellen Bedingungen, in denen sie agieren.

Eine unserer zentralen Überlegungen ist, dass die Überwindung dieser Barrieren mehr als gute Absichten und engagierte Einzelpersonen erfordert: Sie erfordert ein klares politisches Mandat. Ohne eine Führung, die soziale Gerechtigkeit als fundamentalen Bestandteil der Klimapolitik priorisiert, bleiben Fortschritte fragil und ungleichmäßig. Dieser Leitfaden teilt Erkenntnisse, Strategien und Beispiele von Städten, die begonnen haben, diesen Weg zu beschreiten – nicht, weil sie bereits alle Antworten haben, sondern weil sie bereit sind, die richtigen Fragen zu stellen und auf systemischen Wandel hinzuwirken.

Anstatt beispielsweise hauptsächlich Subventionen anzubieten, haben einige Städte lokale Gruppen dabei unterstützt, ihren Nachbar:innen beizubringen, wie man Steckersolargeräte installiert und nutzt. Diese Art der Unterstützung in der Gemeinschaft hilft den Menschen, voneinander zu lernen, Verantwortung für Klimaziele zu übernehmen und führt oft zu stärkerem lokalem Klimaschutz.



HERAUSFORDERUNGEN GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

Zielgruppenbedarfe durch effektive Öffentlichkeitsarbeit und gemeinschaftliches Engagement verstehen



KONZEPTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN

Ein gemeinsames Verständnis von sozialer Gerechtigkeit entwickeln und in die Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einbetten



INSTITUTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN

Sozial gerechten Klimaschutz strategisch innerhalb der Kommune verankern

Dieser Leitfaden basiert auf praktischen Erkenntnissen, die während der lokalen Umsetzung im Rahmen des INCLU:DE-Projekts gewonnen wurden. Er zielt darauf ab, alle Akteur:innen, die an der Planung und Umsetzung lokaler Klimaschutzmaßnahmen beteiligt sind, zu unterstützen, indem er konkrete Empfehlungen, Best Practices und praktische Werkzeuge zur Überwindung von drei zentralen Herausforderungen anbietet:

Wir laden alle Leser:innen dazu ein, über diese Themen nachzudenken, sich aktiv mit den Inhalten dieses Leitfadens zu befassen und sich uns anzuschließen, für einen gerechteren Klimaschutz in Städten und Regionen global einzustehen.



© Stadt San José





© Stadt Austin

Soziale Gerechtigkeit (*justice*) und soziale Einbeziehung (*equity*) sind zwei Seiten derselben Medaille. Gerechtigkeit ist ein Mittel zur Wahrung unveräußerlicher Rechte und gesellschaftlicher Normen für alle Individuen, und soziale Einbeziehung im Klimaschutz bedeutet, 1) Individuen Ressourcen und Werkzeuge *entsprechend ihren Bedürfnissen* zur Verfügung zu stellen; 2) systemische Barrieren zu beseitigen, die Ungleichheiten aufrechterhalten; sowie 3) Strukturen und Kontexte so zu transformieren, dass sie gerechte Chancen und Perspektiven, Zugang sowie Partizipation und Teilhabe für alle gewährleisten können.

Dieser Leitfaden erkennt an, dass Menschen von unterschiedlichen Ausgangspunkten im Leben starten und diverse Bedürfnisse haben, die adressiert werden müssen, um gleiche Ergebnisse zu erzielen (z. B. ein sicheres, glückliches und gesundes Leben und Zugang zu Chancen und Perspektiven). Daher müssen wir die Erfahrungen und Systeme neu bewerten, um sicherzustellen, dass soziale Gerechtigkeit das Endergebnis ist.

In dieser Publikation werden Leser:innen feststellen, dass wir bewusst Formulierungen vermieden haben, die Ungleichheiten reproduzieren. Zum Beispiel können Ausdrücke wie „marginalisierte Gruppen“ oder „vulnerable Gruppen“ Menschen unbeabsichtigt entpersonalisieren und eine persönliche Schwäche implizieren, während es tatsächlich systemische Politiken und Strukturen sind, die Vulnerabilität schaffen, indem sie den Zugang zu Ressourcen, Chancen und Perspektiven und Grundrechten einschränken. Formulierungen wie „Gemeinschaften, die durch das System marginalisiert werden“ oder „strukturell benachteiligte Gruppen“ lenken den Fokus klarer auf die strukturellen Ursachen von Ungleichheit.²

In unserem Verständnis von Benachteiligung und Vulnerabilität sind wir uns bewusst, dass die in dieser Publikation dargestellten Erkenntnisse und Beispiele primär in urbanen Kontexten aus Deutschland sowie ausgewählten Fällen aus Europa, den Vereinigten Staaten und Ostasien verwurzelt sind. Dementsprechend ist unser Verständnis von sozialer Gerechtigkeit durch die spezifischen sozioökonomischen, politischen und ökologischen Bedingungen dieser Regionen geprägt. Wir erkennen an, dass diese Perspektive möglicherweise nicht das volle Ausmaß oder die Art der Benachteiligung erfasst, die in anderen Teilen der Welt erfahren wird, wo ganze Länder oder Regionen systemischen Herausforderungen ausgesetzt sein können, die weit über den hier adressierten urbanen Rahmen hinausgehen. Dennoch hoffen wir, dass die in dieser Arbeit geteilten Überlegungen und Lektionen Städten weltweit wertvolle Orientierung und Inspiration bieten können, die sie an ihre eigenen, spezifischen Kontexte anpassen können.

¹ *Einbeziehung* wird verwendet, da der Fokus auf dem Prozess der Bereitstellung von Ressourcen und der Beseitigung systemischer Barrieren liegt

² Für mehr Informationen, siehe Alliance for Healthier Communities (2021): [Inclusive and Empathetic Language Use Guidelines](#).



Einleitung

i. Wie gerechtigkeitsblinde Klimaschutzmaßnahmen bestehende Ungleichheiten verstärken

Die Auswirkungen des Klimawandels sind ungleich verteilt. Während alle Teile der Gesellschaft Risiken wie Hitzewellen oder Starkregen ausgesetzt sind, sind es oft die Menschen, die sowieso schon strukturell benachteiligt sind, die am stärksten von den sozialen und ökonomischen Folgen betroffen sind. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass Klimaschutzmaßnahmen, die sich auf individuelles Verhalten und Konsum konzentrieren, **wohlhabendere Haushalte überproportional begünstigen** - so etwa die gezielte finanzielle Förderung für energetische Sanierung von Eigenheimen, Elektrofahrzeuge oder Solaranlagen. Diese Gruppen besitzen eher Immobilien, haben die finanziellen Mittel, um in neue Technologien zu investieren, und Zugang zu Informationen und Netzwerken, die erforderlich sind, um öffentliche Programme zu nutzen. Ebenso sind Investitionen in Grünflächen oder Radverkehrsinfrastruktur oft in Quartieren konzentriert, in denen wohlhabendere Bevölkerungsgruppen leben, was zu **ungleichem Zugang** zu diesen öffentlichen Gütern führt.

Wenn öffentliche Mittel zur Finanzierung von Klimaschutz verteilt werden, ohne diese strukturellen Ungleichheiten zu berücksichtigen, wird die **Vergrößerung der sozialen Kluft** zu einer unvermeidlichen, unbeabsichtigten Konsequenz. Mit anderen Worten: Öffentliche Gelder fließen zu denen, die bereits besser gestellt sind, während Gruppen mit begrenzten wirtschaftlichen Mitteln sowohl den Auswirkungen des Klimawandels als auch der Last der Transformation stärker ausgesetzt bleiben.

Aus diesem Grund müssen Klimaschutzmaßnahmen **bewusst so gestaltet werden** dass sie diejenigen einschließen, die allzu oft zurückgelassen werden.

ii. Wie soziale Gerechtigkeit und Einbeziehung in Klimaschutzmaßnahmen integriert werden können

Wenn wir genauer untersuchen, wer in den aktuellen Klimaschutzinitiativen außen vor ist, beginnen sich bestimmte Muster abzuzeichnen.

© Marcel Strauss, Unsplash



Einkommensschwache Haushalte und Bewohner:innen in strukturell benachteiligten Quartieren sehen sich häufig mit erheblichen **Barrieren** bei der Partizipation und Teilhabe an Klimaschutzmaßnahmen konfrontiert, was auf Faktoren wie begrenztes Kapital, fehlendes Wohneigentum oder geringeres Vertrauen in öffentliche Institutionen zurückzuführen ist. Das bedeutet, dass ihnen oft die Mittel für Vorabinvestitionen in energieeffiziente Modernisierungen oder grüne Technologien fehlen, und **als Mieter:innen** haben sie auch **begrenzte Kontrolle** über gewünschte Veränderungen an ihren Wohnungen. Andere **strukturelle Faktoren**, wie Bildungsniveau und Sprachbarrieren, beeinflussen die Voraussetzungen für die Antragstellung von Förderprogrammen oder führen oft zu einem Mangel an Bewusstsein über die *Existenz* solcher Möglichkeiten.

Darüber hinaus leiden Bewohner:innen von **strukturell benachteiligten Quartieren** typischerweise unter geringeren öffentlichen und privaten Investitionen in die Infrastruktur. **Familien**, insbesondere **Alleinerziehende**, haben ein höheres Risiko, von Armut betroffen zu sein, während **ältere Erwachsene** und **Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität** auf physische und systemische Barrieren bei der Teilhabe stoßen können. Wenn daher über Machtverhältnisse diskutiert wird und darüber, wer entscheidet, welche Gruppen vom Klimaschutz profitieren, lassen sich bestimmte Einflussfaktoren kaum ausblenden: Geschlechtsspezifische, kulturelle oder rassistische Dynamiken (ebenso wie andere gesellschaftliche Kategorien) beeinflussen, wer unbeabsichtigt ausgeschlossen wird. Diese Herausforderungen existieren jedoch selten isoliert, und viele Individuen sind mit überlappenden Formen der Benachteiligung konfrontiert, die miteinander interagieren und sich gegenseitig verstärken – eine Dynamik, die als **Intersektionalität** bekannt ist. Ohne einen bewussten Fokus auf Einbeziehung bleiben diese Gruppen dem Risiko ausgesetzt, von den Vorteilen der Klima-Transformation ausgeschlossen zu werden.

Es drängt sich daher die Frage auf: Wie können soziale Gerechtigkeit und Teilhabe in Klimaschutzmaßnahmen integriert werden, um dieser Komplexität gerecht zu werden?



Ein zentraler Schritt hin zu gerecht und inklusivem Klimaschutz ist es, die spezifischen Bedarfe, alltäglichen Realitäten und Partizipationsbarrieren von strukturell benachteiligten Gruppen tatsächlich zu verstehen und sie durch bedachte Bemühungen einzubinden.



Basierend auf dieser Erkenntnis können Klimaschutzmaßnahmen dann so gestaltet werden, dass sie diese Bedarfe adressieren, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Zielgruppen. Es ist essenziell sicherzustellen, dass ihre Perspektiven die Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen von Beginn an prägen.



Über einzelne Projekte hinaus ist es wichtig, eine Gerechtigkeitsperspektive strategisch in der gesamten Stadtverwaltung zu verankern und Klimaschutzziele mit Zielen der sozialen Einbeziehung über Dezernate, Budgets und langfristige Planungsrahmen hinweg abzustimmen.

Nur durch diesen integrierten Ansatz können Kommunalverwaltungen sicherstellen, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht nur zur Dekarbonisierung, sondern auch zu größerer sozialer Gerechtigkeit vor Ort beitragen, wobei erkannt wird, dass dies keine aufeinanderfolgenden Schritte, sondern **sich gegenseitig bestärkende Bemühungen sind**. Diese Erkenntnis ist entscheidend, da das Versäumnis, soziale Gerechtigkeit zu adressieren, zu fehlgeleiteten Politiken, öffentlichem Widerstand und sich vertiefenden Ungleichheiten führen kann, wohingegen inklusive Klimastrategien den **Umsetzungserfolg verbessern, langfristige Kosten senken und die Resilienz der Gesellschaft stärken**, die besser gerüstet ist, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen.



Strategische Stärkung sozialer Gerechtigkeit im gemeinschaftlichen Klimaschutz durch lokale Beteiligungsräume

Die Stadt Bonn verfolgt durch ihre „[Klimaviertel](#)“³-Initiative einen strategischen Ansatz, die öffentliche Beteiligung am Klimaschutz auf Stadtteilebene zu diversifizieren. Vier Pilot-Viertel wurden 2024 und 2025 gestartet, jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt, der auf die sozialräumlichen Strukturen und Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerung abgestimmt ist.



Verständnis von Zielgruppenbedürfnissen und Abbau von Beteiligungsbarrieren

Gut vernetzte, lokal verankerte zivilgesellschaftliche Organisationen werden als Träger eingesetzt, um physische Beteiligungszentren einzurichten und direkt mit der lokalen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Dieser Ansatz stärkt vorhandene Strukturen, Beziehungen und Vertrauen und fördert dadurch eine breite Teilhabe, die die vielfältigen Bedürfnisse der Gemeinschaft widerspiegelt. Beispielsweise konzentriert sich das Klimaviertel im sozial benachteiligten Stadtteil Medinghoven, in dem viele junge Menschen und Familien mit diversen kulturellen Hintergründen leben, auf Teilhabe, Chancengleichheit und soziale Resilienz der Gesellschaft.



Verankerung sozialer Gerechtigkeit in der Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen

Im Rahmen des Bonner Klimaplanes verfolgt die Klimaviertel-Initiative explizit Ziele sozialer Gerechtigkeit – etwa die Stärkung individueller Handlungskompetenz durch verbesserten Zugang zu Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen sowie die Unterstützung bestehender Formen lokalen Engagements. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau inklusiver sozialer Netzwerke, indem Dialog zwischen Nachbar:innen und gegenseitige Unterstützung über Generationen, Sprachen und soziale Gruppen hinweg gefördert werden. Die Träger werden bei der Entwicklung von Maßnahmen durch Reflexionsfragen angeregt zu hinterfragen, welche Zielgruppen angesprochen werden und wie soziale Gerechtigkeit weiter gestärkt werden kann. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Einbindung von bisher unterrepräsentierten Gruppen im Stadtteilleben: Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Personen mit Migrationserfahrung sowie Bewohner:innen mit begrenzten Ressourcen.



Strategische Förderung von sozial gerechtem Klimaschutz in der Verwaltung

Die Klimaviertel-Initiative wurde von der Stabsstelle Bürgerbeteiligung in Zusammenarbeit mit dem Programmbüro Klimaneutrales Bonn entwickelt und ist Teil des Handlungsfeldes „Gesellschaft“ im Bonner Klimaplan. Der strategische Fokus auf der Verknüpfung von Klima- und Gerechtigkeitszielen spiegelt sich auch in ihrem kooperativen Governance-Ansatz wider. Zentrales Element ist das „KompetenzNetz“, eine innovative Koordinationsstruktur, die Akteur:innen aus Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung zusammenbringt, gegenseitiges Lernen und Kapazitätsaufbau fördert und sicherstellt, dass Planungs- und Entscheidungsprozesse von vielfältigen Perspektiven informiert und gemeinsam getragen werden.

3 Bundesstadt Bonn, Website.

1. HERAUSFORDERUNGEN GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE

Bedürfnisse der Zielgruppen verstehen und Beteiligungsbarrieren abbauen

Dieses Kapitel befasst sich mit den **zentralen Herausforderungen bei der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe** in lokalen Klimaschutzinitiativen und skizziert Strategien zu deren Überwindung. Eine gerechte und inklusive Klimatransformation setzt voraus, die spezifischen Bedürfnisse und Alltagsrealitäten verschiedener Zielgruppen zu verstehen und wirksame Mechanismen für ihre Beteiligung zu etablieren.

In der Praxis begrenzen **Zugangsbarrieren** die Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen an Klimaschutzprogrammen durch Hürden wie:

- Benötigte finanzielle Vorleistung,
- Fehlende Handlungsspielräume für Mieter:innen,
- Geringe Bekanntheit und Sprachbarrieren,
- Mangelnde Zeit und begrenzte Kapazitäten,
- Institutionelles Misstrauen,
- Bürokratische Komplexität,
- Bedenken hinsichtlich Sozialleistungen, und
- Schlechter Zugang zu Dienstleistungen.

Um diese Barrieren anzugehen, besteht ein zentraler Schritt hin zu sozial gerechteren Klimaprogrammen darin, die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen zu identifizieren und ein **Verständnis für die Lebensrealitäten** zu entwickeln, beispielsweise durch:

- Anerkennung der Vielfalt gelebter Erfahrungen,
- Anknüpfen an die Expertise von Spezialabteilungen und Sozialdienstleister,
- Datengestützte Ansätze und Equity-Indikatoren, sowie
- Schaffung inklusiver Dialogräume.

Sind die Zielgruppen identifiziert, erfordert die **Ermöglichung von Teilhabe durch Information und Unterstützung** vielfältige und niedrigschwellige Outreach-Ansätze, darunter:

- Abbau von Sprachbarrieren,
- Anschauliche, praxisnahe Beispiele und praktische Workshops,
- Persönliche, direkte Ansprache,
- Investitionen in langfristige Beziehungen, sowie
- Kulturelle Sensibilität.

Am wichtigsten ist: Städte können als **Ermöglicher** handeln, indem sie die Rahmenbedingungen für gemeinschaftsgetragene Initiativen schaffen, Lösungsansätze selbst zu gestalten, u. a. durch:

- Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Ressourcen,
- Teilen von Entscheidungsmacht, und
- Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen lokalen Multiplikator:innen.

ZENTRALE ERKENNTNIS



Ein Multiplikator:inneneffekt basiert auf der Anerkennung unterschiedlicher Lebensrealitäten, dem Beziehungsaufbau und sensiblen Kommunikationsstrategien. Vertrauensaufbau braucht Zeit und Kapazitäten; Beziehungen sollten auch bei institutionellen Veränderungen gepflegt werden. Selbst kleine Schritte bauen Dynamik auf und zahlen sich langfristig aus.

1.1. Zugangsbarrieren der traditionellen Klimaschutzarbeit

Wie bereits erläutert, stehen benachteiligte Gruppen oft vor erheblichen Hürden beim Zugang zu Fördermitteln und anderer Unterstützung aus Klimaschutzprogrammen. Diese Programme begünstigen tendenziell Wohneigentümer:innen und Haushalte mit höherem Einkommen, die finanzielle Vorleistungen eher tragen können, komplexe Antragsverfahren leichter bewältigen und besser über bestehende Unterstützungsangebote informiert sind. Im Gegensatz dazu sehen sich Menschen aus benachteiligten Gemeinschaften häufig mehrfachen, sich überschneidenden Herausforderungen gegenüber, die ihre Teilnahme einschränken, darunter:

- **Hürden durch finanzielle Vorleistung:** Energetische Sanierungsmaßnahmen, Anschaffungen von alternativen Heizungstechnologien, Solaranlagen oder Lastenrädern, selbst wenn gefördert, erfordern meist erhebliche Vorabinvestitionen, bevor Einsparungen langfristig spürbar oder Erstattungen ausgezahlt werden. Für Personen aus Haushalten mit geringem Einkommen ist es besonders schwierig, diese anfänglichen Kosten aufzubringen.
- **Begrenzte Bekanntheit und Sprachbarrieren:** Wenn Informationen über Klimaprogramme nicht klar und einfach kommuniziert werden, mit möglichst wenig Fachjargon und in verschiedenen Sprachen, gehen relevante Zielgruppen oft leer aus. Selbst wenn Bewohner:innen von bestehenden Unterstützungsangeboten wissen, sind viele unsicher, ob und wie diese auf ihre eigene Situation zutreffen.
- **Mangel an Zeit und Kapazitäten:** Alltägliche Belastungen, begrenzte Ressourcen und konkurrierende Prioritäten können dazu führen, dass Klimathemen als zweitrangig oder zu abstrakt wahrgenommen werden und eine aktive thematische Beschäftigung erschweren.
- **Institutionelles Misstrauen:** Negative Erfahrungen mit Behörden können zu Skepsis gegenüber öffentlichen Programmen oder Dienstleistungen führen. Diese Haltung ist oft gegenseitig: Bewohner:innen fühlen sich vorverurteilt oder übergangen, während Institutionen häufig mangelndes Interesse oder Kooperationsbereitschaft unterstellen. Hinzu kommt, dass benachteiligte Bewohner:innen und



Viele Bewohner:innen stehen vor dringenden Alltagsproblemen – Wohnen, Pflege, Einkommen – und empfinden Klimathemen daher oft als abstrakt oder zweitrangig. Beteiligung scheitert, wenn Formate diese Realitäten ignorieren. Unsere Klimaviertel zielen darauf ab, dies zu überwinden, indem sie vertrauenswürdige, lokale Räume schaffen, in denen Klimaschutz mit dem Alltag der Menschen verbunden wird, Nachbar:innen voneinander lernen, individuelle Unterstützung erhalten und erkunden, was Klimaschutzarbeit in ihrem eigenen Kontext bedeutet.



— Raphael Karutz (*Stadt Bonn, Deutschland*)



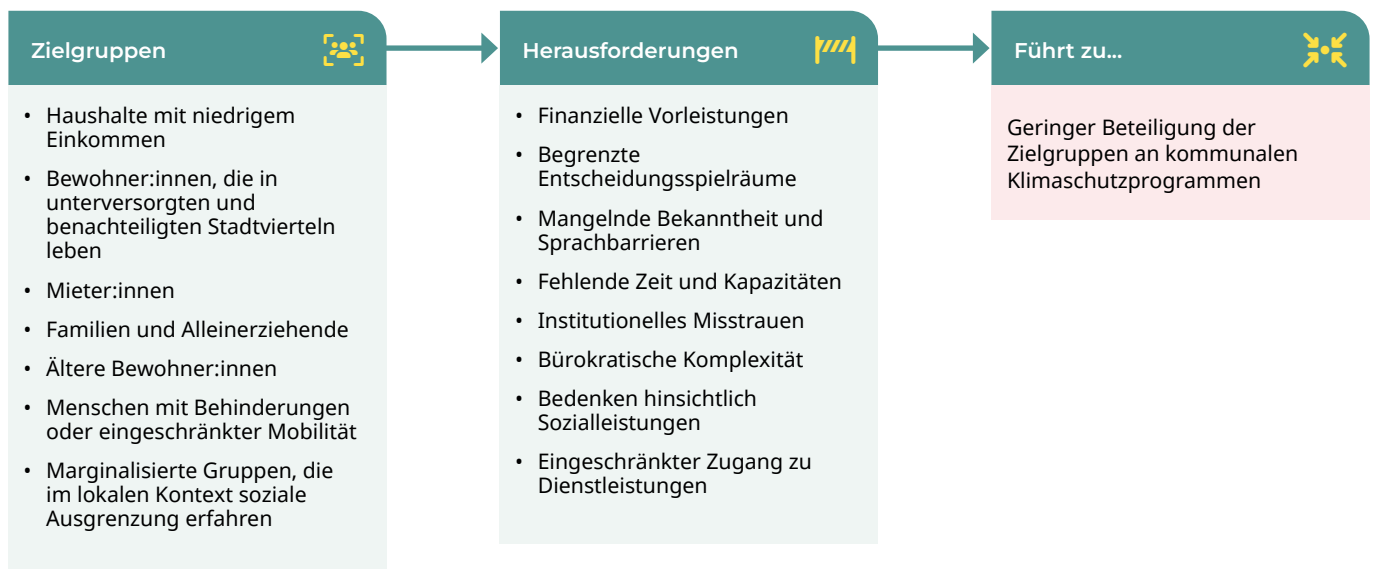


Abbildung 1: Entwicklung zielgruppenspezifischer Programme³

Gemeinschaften innerhalb von Stadtverwaltungen und Entscheidungsstrukturen unterrepräsentiert sind.

- **Bürokratische Komplexität:** Programme zur Förderung der Energie- und Wärmewende sind häufig mit technischem Fachjargon, komplizierten Förderbedingungen, und aufwendigen Antragsprozessen verbunden. Ohne gezielte Unterstützung können diese Hürden gerade diejenigen entmutigen und ausschließen, die den größten Bedarf haben.
- **Bedenken bezüglich Sozialleistungen:** Zielgruppen können zögern, an Förderprogrammen teilzunehmen, weil sie befürchten, dass dies den Bezug von Sozialleistungen beeinflussen könnte.

Oft wissen weder die lokalen Behörden noch die Empfänger:innen von Grundsicherungsleistungen, inwieweit finanzielle Zuschüsse als Einkommen angerechnet werden, was zu Kürzungen von Leistungen führen könnte.

- **Eingeschränkter Zugang zu Dienstleistungen:** Für manche Bewohner:innen ist bereits der erste Schritt zur Teilnahme schwierig, weil digitale oder physische Infrastrukturen fehlen. Ohne Zugang zu einem Computer oder Drucker, mit eingeschränktem öffentlichen Nahverkehr oder nicht barrierefreien Gebäuden wird der Zugang zu kommunalen Dienstleistungen oder die Erledigung notwendiger Formalitäten zu einer erheblichen Hürde.

1.2. Grundlagen für die Zusammenarbeit mit benachteiligten Gruppen

Beim Umgang mit diesen Zugangsbarrieren ist ein besseres Verständnis der Zielgruppen und ihrer alltäglichen Lebensrealitäten erforderlich, um die soziale Einbeziehung und Teilhabe an kommunalen Klimaschutzprogrammen zu stärken. Als erster Schritt

können Kommunen dieses Verständnis verbessern, indem sie **Bevölkerungsgruppen identifizieren, die im lokalen Kontext auf die größten Hindernisse stoßen, wenn sie klimafreundliche Maßnahmen umsetzen wollen.**

⁴ Nach: ICLEI (2024). Toolbox Klimagerechtigkeit, S. 14, eigene Anpassung.

Konkret können lokale Regierungen die folgenden Schritte gehen, um ihr Verständnis von unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen zu vertiefen und die sozialen Auswirkungen zu gestalten:

- **Anerkennung der Vielfalt gelebter Erfahrungen,** finanzieller Situationen, sprachlicher Hintergründe und körperlicher Fähigkeiten kann dazu beitragen, dass klimabezogene Ressourcen und Chancen gerechter verteilt werden. Dies lässt sich beispielsweise durch Schulungen von Verwaltungsmitarbeitenden erreichen, beginnend mit Sensibilisierungsworkshops während der Einarbeitung, gefolgt von regelmäßigen Auffrischungssitzungen.
- **Anknüpfen an die Expertise von Sozialabteilungen und -dienstleistern** kann wertvolle demografische Daten und Erkenntnisse darüber liefern, welche Gruppen den größten Zugangshürden gegenüberstehen.
- **Datengestützte Ansätze und Indikatoren für soziale Gerechtigkeit,** die Ungleichheiten sichtbar machen und Benachteiligungsmuster identifizieren, können zu klareren und transparenteren Planungs- und Entscheidungsprozessen beitragen, z. B. durch die Kombination verschiedener Datensätze und die Analyse von Risikostadtteilen. Allerdings

können sowohl die erhobenen Daten als auch die zu ihrer Interpretation verwendeten Analysen blinde Flecken oder Verzerrungen widerspiegeln. Auch wenn Daten scheinbar objektiv wirken, können sie dennoch marginalisierte Gruppen oder strukturelle Probleme übersehen – je nachdem, welche Daten erhoben werden, wie und von wem. Daher wird stets empfohlen, rein datengestützte Ansätze mit lokalen Interventionen und direkten Interaktionen mit der Zielgruppe zu kombinieren. Dies kann beinhalten, Feedback von Bewohner:innen während Antragsprozessen oder im Rahmen von Beteiligungsaktivitäten zu sammeln.

Durch die **Schaffung inklusiver Dialogräume** und das aktive Einbeziehen unterrepräsentierter Stimmen können Kommunen diesen Risiken entgegenwirken und stärkere Beziehungen zu ihren Gemeinschaften aufbauen. Dies kann durch die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen lokalen Partner:innen wie Quartiersmanager:innen, Energieberater:innen, Sozialdiensten und gemeinschaftsgetragenen Initiativen erfolgen.

In den folgenden Kapiteln werden wir gezieltere Ansätze für gemeinschaftliche Teilhabe und Zusammenarbeit näher betrachten. Der Aspekt der Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen lokalen Multiplikator:innen wird insbesondere in **Kapitel 1.4** vertieft.

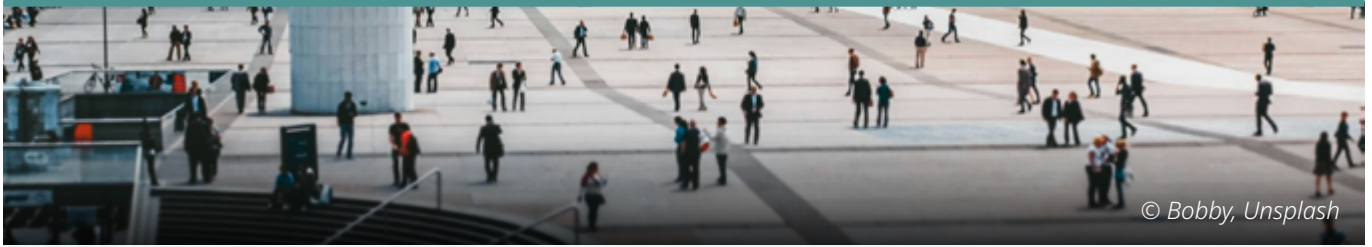


Das größte Hindernis für einen sozial gerechten Klimaschutz ist der Mangel an Informationen über marginalisierte Gruppen. Obwohl die aktuellen Vorschriften darauf abzielen, alle Bürger zu berücksichtigen, werden die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Gruppen nicht berücksichtigt. Dies zeigt sich besonders deutlich bei Förderprogrammen, bei denen soziale Gerechtigkeit weiter eine untergeordnete Rolle spielt. Eine gezielte Unterstützung in diesem Bereich erfordert den politischen Willen, marginalisierte Gruppen stärker einzubeziehen.



— Christopher Sadlowski (*Stadt Dortmund, Deutschland*)





Datengestützte Ansätze zur Ermittlung der Bedürfnisse lokaler Bevölkerungsgruppen

Aufbauend auf der Notwendigkeit, die Lebensrealitäten von Zielgruppen besser zu verstehen bieten die Städte Dortmund, Essen und San José überzeugende Beispiele dafür, wie datengestützte Ansätze dazu beitragen können, Barrieren sichtbar zu machen und eine inklusive Klimaschutzarbeit zu fördern. Diese Städte, jede in einem anderen Kontext und auf einem unterschiedlichen Umsetzungsstand, zeigen, wie gezielte Studien und Indikatoren für soziale Gerechtigkeit Kommunen helfen können, über Annahmen hinauszugehen und evidenz-basiert Programme auf Zielgruppen auszurichten.

Für die **Stadt Essen**, wird derzeit eine Evaluation ihres [Lastenrad-Förderprogramms](#)⁵ durchgeführt, um zu bewerten, wie gut Haushalte mit geringem Einkommen erreicht werden. Durch Umfragen, Interviews und Analysen administrativer Daten soll untersucht werden, warum bestimmte Gruppen das Programm nicht nutzen und wie es angepasst werden kann, um ihre Bedürfnisse besser zu erfüllen. Ebenso plant **Dortmund** eine [Grundanalyse](#)⁶, um zu erforschen, wie Klimaschutzförderung und Kommunikation gezielter auf Gruppen ausgerichtet werden können, die bislang systematisch von Klimaschutzarbeit ausgeschlossen waren. Dazu gehören die Kartierung lokaler Benachteiligungen, die Ermittlung von Unterstützungsbedarfen und die Entwicklung einer Checkliste für inklusive Programmentwicklung. Beide Städte nutzen Daten nicht nur, um Wirkungen zu messen, sondern auch, um ihre Angebote aktiv neu zu gestalten, um Zielgruppenbedürfnissen zu entsprechen.

San José (USA) ergänzt diese Ansätze durch ein bewährtes Planungsmodell, basierend auf Daten und Beteiligung. Mit Instrumenten wie [CalEnviroScreen](#)⁷ und maßgeschneiderten Indikatoren hat die Stadt Stadtviertel mit erhöhter Vulnerabilität identifiziert und diese gezielt durch Initiativen wie das [Zero Emissions Neighborhood pilot](#)⁸ Pilotprojekt unterstützt. Das Santee-Viertel wurde auf Grundlage dieser Indikatoren für eine intensivere Zusammenarbeit ausgewählt – ein Beispiel dafür, wie Daten gezielt Ressourcen dorthin lenken können, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Gemeinsam zeigen diese drei Städte: Wenn Daten gezielt eingesetzt werden, können sie zu einem wertvollen Werkzeug werden, um Bedarfe zu identifizieren und sicherzustellen, dass Klimaschutzprogramme diejenigen erreicht, die sie am meisten brauchen.

💡 LERNERGEBNISSE: Nutzung von Daten, um Barrieren zu identifizieren, benachteiligte Gruppen einzubeziehen und eine gerechte und wirksame Klimaschutzarbeit in Städten zu unterstützen.

⁵ Stadt Essen, Website.

⁶ Fachhochschule Dortmund, Website.

⁷ State of California - Office of Environmental Health Hazard Assessment (OEHHA), Website.

⁸ Stadt San José, Website. Zero Emissions Neighborhood Pilot.

1.3. Wirksame Öffentlichkeitsarbeit und gemeinschaftliches Engagement

Um Vertrauen zurückzugewinnen und die Beteiligung strukturell benachteiligter Gruppen zu fördern, wird eine Vielzahl zugänglicher und zielgruppenspezifischer Ansätze für **wirksame Kommunikation und Beteiligung** benötigt.

Zielgruppenorientierte Kommunikation ist ein wirksames Mittel, um das Bewusstsein für kommunale Programme zu stärken und Informationen auf eine für die Zielgruppe verständliche, relevante und ansprechende Weise zu verbreiten. Konstruktive Öffentlichkeitsarbeit beginnt mit **einfacher, klarer Sprache und ansprechender visueller Gestaltung**, in Kombination mit kurzen Sätzen, alltagsnahen Begriffen und direkten Botschaften, die persönliche Vorteile hervorheben. Ein **freundlicher „Du“-Ton** fördert Nähe und senkt wahrgenommene bürokratische Hürden – insbesondere, wenn er mit einem positiven, motivierenden Narrativ kombiniert wird. **Echte Menschen**, die ihre eigenen Erfahrungen teilen, schaffen Authentizität und Vertrautheit, während visuelle Elemente die Vielfalt der Zielgruppe widerspiegeln und Stereotype vermeiden sollten. Auch ein visuell ansprechendes Design ist entscheidend. Es sollte auf klare Kontraste, intuitive Symbole sowie **Illustrationen oder Fotos** achten, die aufeinander abgestimmt sind und den Blick gezielt zur zentralen Botschaft und zum Aufruf zum Handeln (call to action) führen. Die Nutzung von **QR-codes** und Hashtags kann hier besonders hilfreich sein, um mehrsprachige Inhalte zu verknüpfen und die Zugänglichkeit von Antragsplattformen und weiterführenden Informationen zu verbessern. Vor allem sollte effektive Kommunikation klare, **nutzenorientierte Handlungsaufrufe** enthalten, die direkt und zentral platziert sind. Dieser Ansatz verbessert nicht nur die Zugänglichkeit, sondern unterstreicht auch die Wichtigkeit und die Handlungskompetenz der Zielgruppe.

Um **Sprachbarrieren zu überwinden**, ist es hilfreich, Informationen und Projektmaterialien in einfacher Sprache bereitzustellen und in lokal relevante Sprachen zu übersetzen. Während digitale Tools und KI



© Clement Proust, Unsplash



wertvolle Unterstützung bieten, schaffen persönliche Gespräche mit Muttersprachler:innen zusätzlichen Mehrwert, da sie Raum für Rückfragen bieten. Zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien über mehrere Kanäle hinweg stellen sicher, dass Botschaften unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erreichen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass gedruckte Materialien wie Flyer oder Broschüren insbesondere für einige Zielgruppen, wie Senior:innen, weiterhin ein effektiver Erstkontaktpunkt bleiben, insbesondere, wenn sie hausweise verteilt oder an zentralen Orten ausgelegt werden. Dies war ein Ergebnis mehrerer INCLU:DE-Projektstädte.

Sichtbare, greifbare Demonstrationsobjekte, wie PV-Anlagen oder Lastenräder, die Menschen sehen und ausprobieren können, schaffen niedrigschwellige Zugänge und reduzieren Unsicherheiten bei technischen Themen. **Praktische Workshops**, etwa zur Installation von Balkonmodulen, können technische Barrieren abbauen und Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden stärken.

Über alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit hinweg bleibt ein **persönlicher, direkter Ansatz** entscheidend: Regelmäßige Präsenz in Stadtvierteln – etwa durch Quartiersbüros, Klimatreffen oder One-Stop-Shops – schafft Vertrautheit, Synergien und ermöglicht offene Gespräche über

Möglichkeiten und Herausforderungen. Persönliche Unterstützung bei Antragsverfahren kann zudem helfen, TeilhabebARRIEREN zu senken, insbesondere für Personen, die mit Verwaltungsabläufen wenig vertraut sind. Die Nutzung bestehender sozialer Infrastrukturen, wie Bürgerhäuser, lokale Vereine oder vertrauenswürdige Nachbarschaftseinrichtungen, erhöht zusätzlich Zugänglichkeit und Reichweite. Erfahrungen aus den INCLU:DE-Projektstädten unterstreichen die Bedeutung zielgruppenorientierter, kultursensibler Strategien und die Notwendigkeit, in **langfristige Beziehungen** zu investieren, um gerechten Zugang zu städtischen Programmen sicherzustellen.

Während die enge Zusammenarbeit mit Bewohner:innen oft zeitintensiv ist und Effizienzanforderungen entgegenstehen kann, ermöglicht die **Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Quartiersmanager:innen** den Zugang zu bestehenden lokalen Netzwerken und schafft das notwendige Vertrauen für erfolgreiche Teilhabe. Im Hinblick darauf – wie im **nächsten Abschnitt** → näher ausgeführt – können gut vernetzte **Community-Botschafter:innen**, die gut in ihrer lokalen Gemeinschaft vernetzt sind, eine entscheidende Rolle spielen, indem sie als vertrauenswürdige, zugängliche Vermittler:innen auftreten und echtes Engagement und Befähigung innerhalb ihrer Gemeinschaften fördern.



Die größten Hürden bestehen darin, Klimaschutz für alle Zielgruppen greifbar und zugänglich zu machen. Praktische Lösungen wie Balkon-Solarmodule bleiben ohne klare, einfache Informationen und lokale Demonstrationen oft unbekannt. Sozial gerechter Klimaschutz erfordert den Aufbau von Vertrauen über lokale Netzwerke und Finanzierungsstrukturen, die Menschen mit geringem Einkommen nicht ausschließen. Ohne frühzeitige Einbindung engagierter Akteur:innen und praxisnahe Kommunikation laufen gut gemeinte Projekte Gefahr, gerade diejenigen zu verfehlen, die am meisten profitieren würden.



— Viktoria Reith (*Stadt Heidelberg, Deutschland*)



© Stadt Heidelberg

Teilhabeorientierte Kommunikationskampagnen für lokale Klimaschutzprogramme

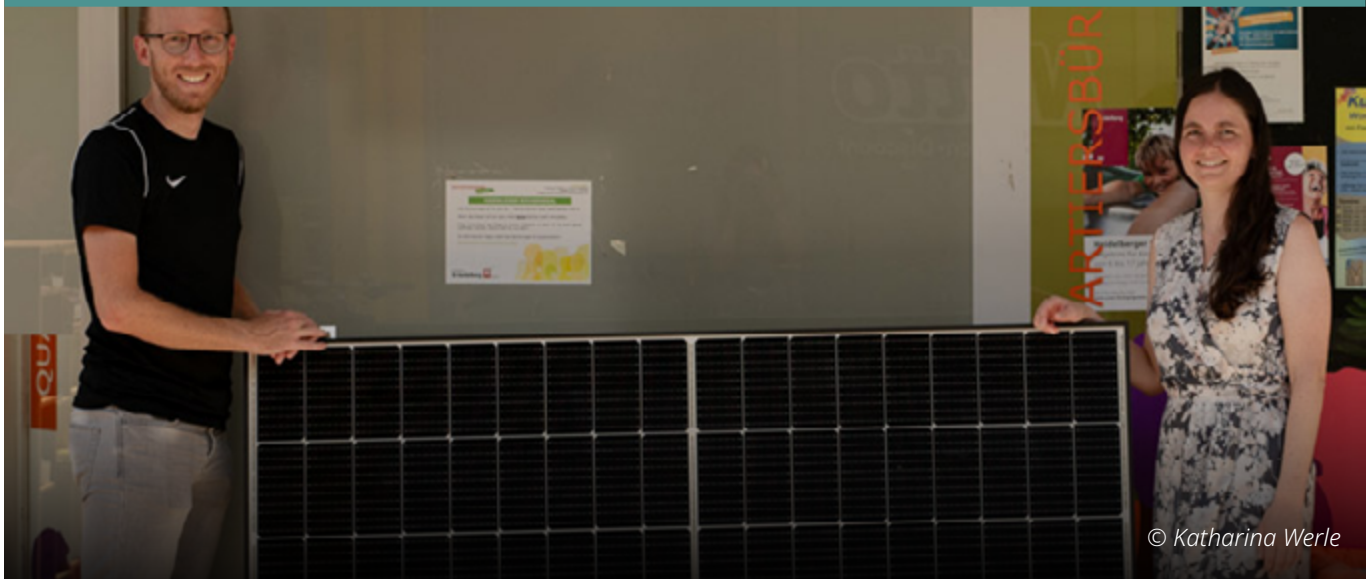
Um sicherzustellen, dass strukturell benachteiligte Gemeinschaften in Beteiligungs- und Informationsmaßnahmen einbezogen werden, überdenken Städte wie Heidelberg und Ludwigsburg, wie sie zielgruppenorientierte Kommunikation nutzen, um ihre Klimaförderprogramme zu bewerben.

In **Ludwigsburg**, wurde im Rahmen der Klimaneutralitätskampagne 2024 die Kampagne „Lust auf [...]“ gestartet. In diesem Kontext wurden auch die Kommunikationsmaterialien zur Balkon-PV-Förderung für Ludwigsburg-Card⁹-Inhaber:innen neu gestaltet. Der Flyer wurde so überarbeitet, dass er direkt zur Zielgruppe spricht, mit einfacher Sprache, der Betonung konkreter Vorteile („Eine Balkon-PV deckt den jährlichen Strombedarf deines Geschirrspülers und Kühlschranks“) und einer klaren Darstellung der Antragsschritte. Er enthielt direkte Kontaktstellen, Links und einen QR-Code zu einer neuen barrierearmen Website. Weil Busse für viele Bürger:innen mit geringem Einkommen ein wichtiger Teil des Alltags sind, plant Ludwigsburg außerdem eine Buskampagne auf Grundlage designierter Designrichtlinien, die auf einfache Sprache, mehrsprachige Zugänge und nutzenorientierte Botschaften abzielen.

Heidelberg verfolgt einen ähnlichen Ansatz und konzentriert sich dabei auf das Quartier Hasenleiser. Vor Ort bestätigten lokale Multiplikator:innen, dass gedruckte Flyer (entgegen der verbreiteten Annahme) nach wie vor ein wirksames Mittel sind, Menschen zu erreichen. Die Stadt hat daher ihren Flyer für das Balkon-PV-Förderprogramm für Heidelberg-Card-Inhaber:innen nach denselben Prinzipien überarbeitet: mit einfacher Sprache, klarem Prozess, ansprechenden Bildern und einem starken Aufruf zum Handeln.

💡 **LERNERGEBNISSE:** Durch die Anwendung teilhabeorientierter Kommunikationsstrategien können Kommunen ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielter und effizienter auf Zielgruppen ausrichten.

⁹ Für einkommensschwache Einwohner:innen, die in teilnehmenden deutschen Gemeinden Sozialleistungen erhalten, ermöglicht die Karte Rabatte auf bestimmte Dienstleistungen.



© Katharina Werle

Ermöglichung von Teilhabe durch gemeinschaftliches Engagement im Stadtteil Hasenleiser

Im Jahr 2022 erweiterte Heidelberg sein langjähriges [Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung“](#)¹⁰ um auch Balkon-Solarmodule für Heidelberg-Card-Inhaber:innen zu einem Bruchteil des üblichen Preises anzubieten. Dennoch blieb die Nachfrage gering – insbesondere im Hasenleiser, einem Hochhausgebiet aus den 1970er Jahren, das durch Energiearmut, hohes CO₂-Reduktionspotenzial und eine diverse sozioökonomische Demographie geprägt ist.

Anstatt auf stadtweite Öffentlichkeitsarbeit zu setzen, konzentrierte sich Heidelberg gezielt auf den Stadtteil Hasenleiser, um dort Beziehungen aufzubauen, einen Lernort zu schaffen und Lösungen zu erarbeiten, die den lokalen Dynamiken entsprechen. In Kooperation mit lokalen Akteur:innen wie dem Quartiersmanagement und dem Vergabebeirat nutzte die Stadt lokale Netzwerke und Wissen. Um die Technologie greifbarer zu machen, insbesondere für Bewohner:innen mit begrenzter technischer Erfahrung, wurden zwei Demonstrationsmodule beim Quartiersmanagementbüro installiert.

Durch zielgerichtete Kommunikation und Unterstützung konzentrierte sich die Stadt außerdem auf intermediäre Strukturen, darunter Mitarbeitende des Quartiersmanagements und Mitglieder des Beschaffungsbeirats, die Schulungen zu Balkon-Solartechnik und dem Förderprogramm erhielten. So konnten sie als lokale Multiplikator:innen wirken. Informationsmaterialien wurden in einfacher Sprache verfasst, mit How-To-Leitfäden, die die Vorteile von Balkon-Solaranlagen hervorheben, sowie gedruckten Flyern, die über lokale Kanäle verteilt werden. Geplante nächste Schritte umfassen eine Flyerkampagne und interaktive Aktionen, etwa Schraub-Challenges bei Stadtteilstesten wie dem Halli-Galli-Fest, um Klimaschutzarbeit mit positiven Gemeinschaftserlebnissen zu verbinden.

💡 LERNERGEBNISSE: Der Aufbau starker Partnerschaften durch klare Rollen, rechtzeitige Schulungen, zugängliches Programmdesign und Zeitinvestition in Beziehungen ist entscheidend für wirksame und inklusive Beteiligung der Gemeinschaft.

¹⁰ Stadt Heidelberg, Website.



1.4. Befähigung von lokalen Gemeinschaften, den Klimaschutz mitzugestalten

Um Beteiligung auf die nächste Ebene zu heben, reicht eine Einladung zum Teilnehmen nicht. Um Mitwirkung zu ermöglichen, muss die Stadt die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Gemeinschaften selbst Lösungen gestalten und anführen können. Dies führt zu mehr Eigenverantwortung für Programme, Prozesse und ihre Nachbarschaften. In dieser Rolle wird die **Stadt zur Unterstützerin**, die hilft, Barrieren abzubauen und das zu stärken, was Bewohner:innen oft bereits tun. Zentrale Elemente eines solchen gemeinschaftlich ausgerichteten Ansatzes sind:

Bereitstellung von Finanzierung und Ressourcen

Viele Städte haben festgestellt, dass **wirksame Klimaprojekte bereits auf lokaler Ebene stattfinden** von Bewohner:innen initiiert und getragen. Das können Nachbarschaftsveranstaltungen, gemeinschaftliche Wohninitiativen oder lokale Umweltprojekte sein. Städte können diese Bemühungen unterstützen, indem sie **finanzielle Förderung, Sichtbarkeit, Räume oder technische Hilfe bereitstellen** und **praktische Bedarfe** wie Treffpunkte, Kinderbetreuung, Verpflegung oder Aufwandsentschädigungen abdecken. Diese scheinbar kleinen Unterstützungsmaßnahmen können entscheidend dafür sein, wer überhaupt teilnehmen kann.

Teilhabe an Entscheidungsprozessen teilen

Kommunen, die diesen Ansatz verfolgen, stellen sicher, dass **Menschen mit direkter Betroffenheit**

von Klimawandel und Ungleichheit strategische Prozesse aktiv mitgestalten. Einige richten Beratungsgruppen ein, die sowohl Mitglieder der Zivilgesellschaft als auch Fachexpert:innen für partizipative Entscheidungsprozesse einbinden. Dies kann über gemeinschaftsgeleitete Gremien erfolgen, die lokale Führungspersonen befähigen, Initiativen von Beginn an zu steuern, oder über Beratungsstrukturen, die städtische Mitarbeitende und Bewohner:innen zusammenbringen, um Pläne gemeinsam zu entwickeln.

Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen lokalen Multiplikator:innen

Wie bereits in den **Kapiteln 1.2 →** und **1.3 →** dargestellt, arbeiten einige Städte erfolgreich mit **Community-Botschafter:innen** zusammen. Diese Botschafter:innen sind gut vernetzte und anerkannte Bewohner:innen ihrer Nachbarschaften; häufig Quartiersmanager:innen, Sozialarbeiter:innen oder Vertreter:innen von Kirchen, Kulturvereinen, Sportclubs oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Als Multiplikator:innen helfen sie, Bewohner:innen zu erreichen, die sich sonst selten an städtischen Prozessen beteiligen. Darüber hinaus können sie Beratung anbieten oder Bewohner:innen an bestehende Unterstützungsangebote vermitteln und Rückmeldungen aus der Gemeinschaft sammeln, um diese in kommunale Planung und Politikgestaltung einfließen zu lassen. Solche Multiplikator:innen sollten angemessen vergütet und geschult werden, um ihre Rolle zu professionalisieren und letztlich mehr Menschen zu erreichen. Dazu gehört auch, auf Anliegen reagieren zu können, die





über den unmittelbaren Projektkontext hinausgehen, da die Arbeit mit Menschen vor Ort über Themen des Klimaschutz hinausgeht. Multiplikator:innen sind erfolgreicher, wenn sie die Freiheit haben, ihre Aktivitäten selbst zu gestalten, Prioritäten zu setzen und ihren Ansatz an die Bedürfnisse der Gemeinschaft anzupassen.

Kurz gesagt: Gemeinschaften zu befähigen bedeutet, dass Städte bewusst **einen Schritt zurücktreten, um Raum für andere zu schaffen**, sei es durch Unterstützung, Machtteilung oder Vertrauen in die Fähigkeit der Gemeinschaft, den Weg selbst zu gestalten.

Aufbauend auf zielgerichteter Beteiligung und Kooperationen mit der lokalen Zivilgesellschaft haben die INCLU:DE-Projektstädte ihre Klimaschutzprogramme auf Aspekte der sozialen Gerechtigkeit hin weiterentwickelt und die in diesem Kapitel identifizierten Zugangsbarrieren adressiert. Dabei zeigte sich, dass die Gestaltung klimagerechter Programme nicht nur ein Verständnis der Lebensrealitäten benachteiligter Gruppen erfordert, sondern auch ein klares konzeptionelles Verständnis dessen, was soziale Gerechtigkeit konkret bedeutet.

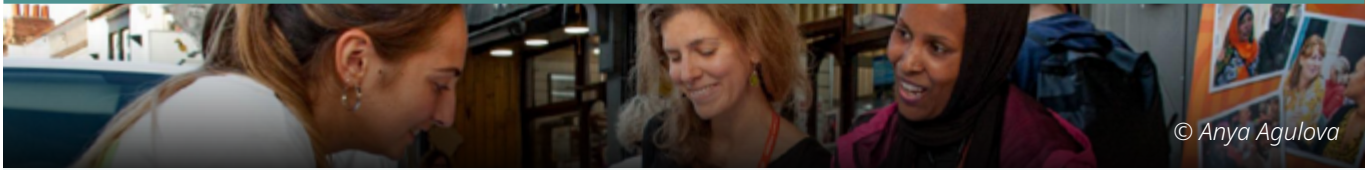
Das folgende Kapitel stellt daher zunächst ein einfaches Gerechtigkeits-Modell vor, das dabei hilft, Projekte klimagerecht zu gestalten und ihre Ergebnisse zu evaluieren – bevor konkrete Wege zur Überwindung der oben genannten Zugangsbarrieren aufgezeigt werden.

“

Ich werde den Austausch mit Akteuren und Multiplikatoren der Zielgruppen weiter stärken – sozial gerechter Klimaschutz braucht Dialog und fördert den sozialen Zusammenhalt. Wichtig ist auch, das Thema in weiteren städtischen Projekten mitzudenken. Ein wirkungsvoller Ansatz war z. B. die finanzielle Förderung für einkommensschwache Haushalte – solche gezielten Maßnahmen machen Klimaschutz für alle zugänglich.

”

— Lena Völlinger (*Stadt Ludwigsburg, Deutschland*)



© Anya Agulova

Stärkung lokaler Stimmen in der Klimapolitik

Als Stadt mit vielfältiger sozialer Struktur und einer langen Tradition sozialer Bewegungen legt Bristol besonderen Wert darauf, Entscheidungsmacht mit Bewohner:innen und Gemeinschaften zu teilen, um sicherzustellen, dass strukturelle Ungleichheiten im lokalen Wandel nicht fortgeschrieben werden. Die Stadt pflegt eine langfristige Partnerschaft mit der lokalen Non-Profit-Organisation Bristol Climate & Nature Partnership. Obwohl die Stadt Kernpartnerin ist und die Arbeit unterstützt, bleibt die Partnership eine unabhängige, mitgliederbasierte Organisation, die das [Community Climate Action project](#),¹¹ leitet – eine Initiative, die diverse lokale Gemeinschaften beteiligt, um gemeinsam eine klimagerechte Stadt zu entwickeln. Auf Grundlage ihres [Community Climate and Nature Action Model](#)¹² Bunterstützt die Bristol Climate & Nature Partnership die strategische Einbindung unterschiedlicher Gemeinschaften in die Planung und Umsetzung des Übergangs zu einer CO₂-armen Stadt.

Nach einem inklusiven Auswahlverfahren, gefolgt von einer einjährigen Schulungs- und Mentoringphase, wurden 17 Community Climate Action Plans in Kooperation mit diversen zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt, die verschiedene geografische, demografische und soziale Gruppen repräsentieren, vielfach mit Diskriminierungserfahrung. Diese Pläne legen ökologische und soziale Prioritäten bezüglich dieser sieben Themenbereiche fest: Mobilität, Gebäude und Wohnen, Energie, Ernährung, Abfall und Ressourcen, Natur und Wirtschaft, sowie Bildung. Dieser Prozess zielt darauf ab, Menschen Handlungsmacht zu geben, ihre Bedürfnisse sichtbar zu machen und ihre Stimmen zu stärken. Durch die Einbindung in politische Prozesse tragen die Pläne dazu bei, blinde Flecken in der kommunalen Planung zu schließen und lokale Akzeptanz zu erhöhen, wodurch integrative und inklusivere Prozesse entstehen.

Darüber hinaus bietet das [Community Leadership Panel](#)¹³ ein skalierbares, ortsbezogenes Modell, das Gemeinschaften befähigt, strategische Initiativen bereits in frühen Planungsphasen aktiv mitzugestalten. Das Panel besteht aus repräsentativen Community-Leader:innen (die für ihre Zeit vergütet werden) und trifft sich regelmäßig, um Projekte, politische Vorschläge und Strategien auf Stadt- oder Regionalebene zu prüfen – als eine Art critical friend im Entscheidungsprozess. Die Stadt geht damit über passive Konsultation hinaus und befähigt das Panel eine entscheidende Rolle in der lokalen Klimapolitik zu spielen. Es fördert eine vertrauensvolle und transparente Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung und führt zu gerechteren und inklusiveren Politiken, die ungewollte Barrieren vermeiden und bestehende Ungleichheiten im lokalen Kontext nicht weiter verstärken.

💡 LERNERGEBNISSE: Wenn Städte Selbstorganisation in Gemeinschaften stärken, Mandate für bottom-up Mitbestimmung schaffen und diese Prozesse in kommunale Entscheidungsprozesse integrieren, können Klimaschutzmaßnahmen wirksamer und gerechter gestaltet werden.

11 Bristol Climate & Nature Partnership, Website. Community Climate Action.

12 Bristol Climate & Nature Partnership (2025).

13 Bristol Climate & Nature Partnership, Website. Community Leadership Panel.



2. KONZEPTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN

Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit bei der Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen

Dieses Kapitel behandelt die konzeptionellen Herausforderungen, die mit der Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit bei der Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen verbunden sind, und plädiert dafür, dass Klimaschutzprogramme von Anfang an gerecht gestaltet sein sollten – nicht erst nachträglich. Der Übergang von konzeptionellem Verständnis zu praktischer Anwendung wird durch ein Rahmenmodell und konkrete Strategien veranschaulicht, mit deren Hilfe Kommunen Klimaschutzprogramme, -strategien und -projekte entwickeln können, die gleichzeitig Emissionen reduzieren und soziale Gerechtigkeit fördern.

Das Gerechtigkeitsmodell basiert auf drei praktischen Dimensionen:



Zugang: Gerechter Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Infrastrukturen;



Partizipation: Gerechte Beteiligung, gemeinsame Gestaltung mit lokalen Akteur:innen und Unterstützung gemeinschaftlicher Initiativen; sowie



Chancen: Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt, Bereitstellung von Schulungs- und Unterstützungsprogrammen sowie Gestaltung eines gerechteren lokalen Arbeitsmark.

Um Klimaschutzprogramme gerechter zu gestalten, muss ihr Design **proaktiv häufige Zugangsbarrieren adressieren** – durch Strategien wie:

- Vereinfachung von Antragsverfahren;
- Vermeidung von „First-Come, First-Served“-Vergabemodellen;
- Abbau finanzieller Hürden;
- Unterstützung von Mieter:innen; und
- Persönliche Beratungsangebote.

Für bessere Projektergebnisse ist die, **Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteur:innen** entscheidend. Dazu gehören:

- Einrichtung von Beratungs- und Steuerungsgruppen;
- Zusammenarbeit mit Partner:innen aus der technischen Umsetzung sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft; und
- Umsetzung gemeinsamer, zugänglicher und effektiver Prozesse.

Schließlich können Kommunen die Wirkung ihrer Maßnahmen verstärken, indem sie **Programme, die von der Gemeinschaft getragen werden, fördern und unterstützen**, z. B. durch:

- Förderung einer zugänglichen und partizipativen Programmgestaltung und -leitung
- Integration von sozialer Gerechtigkeit in Finanzierungs- und Fördermechanismen;
- Effektive Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen;
- Sicherstellung von Förderung und Unterstützung für die Teilhabe einkommensschwacher Haushalte; und
- Förderung der Verbreitung und Skalierung erfolgreicher Modelle.

ZENTRALE ERKENNTNIS



Mit dem Ansatz „Groß denken, klein handeln“ können aus kleinen, vertrauensbildenden Maßnahmen große, wirkungsvolle Veränderungen entstehen – vorausgesetzt, die Maßnahmen bleiben flexibel und anpassungsfähig an die sich wandelnden Bedürfnisse der Gemeinschaften.



© ICLEI

2.1. Ein Modell zur systematischen Einbindung sozialer Gerechtigkeit in die Projektgestaltung

Klimaschutzprogramme, -projekte und -strategien sollten von vornherein gerecht gestaltet sein. Damit dies gelingt, ist ein praxisnahes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit für das jeweilige Programm und den lokalen Kontext erforderlich. Dieses Verständnis sollte in allen Phasen – Planung, Umsetzung und Evaluation – verankert sein und Raum für fortlaufende Reflexion und Beteiligung bieten. Die Nutzung eines Rahmenmodells für soziale Gerechtigkeit kann ein guter Ausgangspunkt sein, um kommunale Programme oder Einzelprojekte zu überprüfen und weiterzuentwickeln – damit soziale Gerechtigkeit nicht erst nachträglich bedacht wird.

Die folgenden [drei Dimensionen](#)¹⁴ können in der Kommunikation, Planung und Projektgestaltung genutzt werden. In der Klimaschutzplanung helfen sie einzuschätzen, wo vorgeschlagene Maßnahmen soziale Gerechtigkeit beeinflussen könnten (Analyse von Risiken und Chancen). In Einzelprojekten unterstützen sie dabei, konkrete Maßnahmen so zu gestalten, dass sie soziale Gerechtigkeit stärker fördern.

Zugang

In Städten bestimmen häufig der Wohnort sowie soziale Merkmale wie Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft oder Sprache, wer Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Infrastrukturen hat. Damit alle Einwohner:innen gleichermaßen teilhaben

können, sollten Kommunen Lücken identifizieren, gezielte Unterstützung bereitstellen und zugleich eine gerechte Stadtplanung vorantreiben, die allen zugutekommt.

- **Geografischer Zugang:** Anwendung ortsspezifischer Ansätze, um benachteiligte Quartiere zu unterstützen.
- **Demografischer Zugang:** Fairer Zugang unabhängig von Geschlecht, Alter, Fähigkeiten und Herkunft.
- **Ökonomischer Zugang:** Entwicklung zielgerichteter Fördermechanismen, um Gemeinschaften mit geringem Einkommen zu stärken.



Partizipation

Gerechte Gestaltung hängt davon ab, Einwohner:innen, insbesondere aus unterrepräsentierten Gruppen, frühzeitig an der Planung und Entscheidungsfindung zu beteiligen. Gemeinschaftlich entwickelte Programme haben bessere Chancen, lokale Bedürfnisse zu erfüllen und eine langfristige Wirkung zu entfalten. Das erfordert gerechte Beteiligung, gemeinsame Gestaltung mit lokalen Akteur:innen und Unterstützung bereits bestehender, gemeinschaftlich getragener Nachhaltigkeitsinitiativen.

¹⁴ ICLEI (2022), p. 9.

- **Repräsentative Partizipation:** Partizipation lokal relevanter Zielgruppen für die Gestaltung gerechter Programme.
- **Einbindende Partizipation:** Gemeinschaftliche Entwicklung mit lokalen Akteur:innen über verschiedene Kanäle.
- **Kooperative Partizipation:** Unterstützung und Stärkung bestehender Gemeinschaftsinitiativen.
- **Beschäftigungschancen:** Priorisierung benachteiligter Gruppen in kommunalen Beschäftigungsprogrammen.
- **Weiterbildungsmöglichkeiten:** Stärkung fachlicher Fähigkeiten, Abbau von Bildungungleichheiten und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen.
- **Marktpulse:** Förderung günstiger Marktbedingungen für eine langfristige Verbesserung im Bereich sozialer Gerechtigkeit.

Chancen

Faire Chancen für alle entstehen, wenn über unmittelbare Bedarfe hinaus gedacht und in langfristige Perspektiven investiert wird. Kommunen können vorangehen, indem sie Vielfalt in der eigenen Belegschaft fördern, Ausbildungs- und Unterstützungsprogramme anbieten und zu einem gerechteren, resilienteren lokalen Arbeitsmarkt beitragen.

Ein erster, wesentlicher Schritt bei der Nutzung dieser Dimensionen zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit in Maßnahmen und Programmen ist die **Anerkennung** historischer und fortbestehender Ungleichheiten, die das heutige Stadtleben prägen – zusammen mit den **gemeinsamen Rechten und Verantwortlichkeiten**, die daraus entstehen. Dazu gehören sowohl das Recht auf eine sichere, saubere und nachhaltige Umwelt als auch das Recht

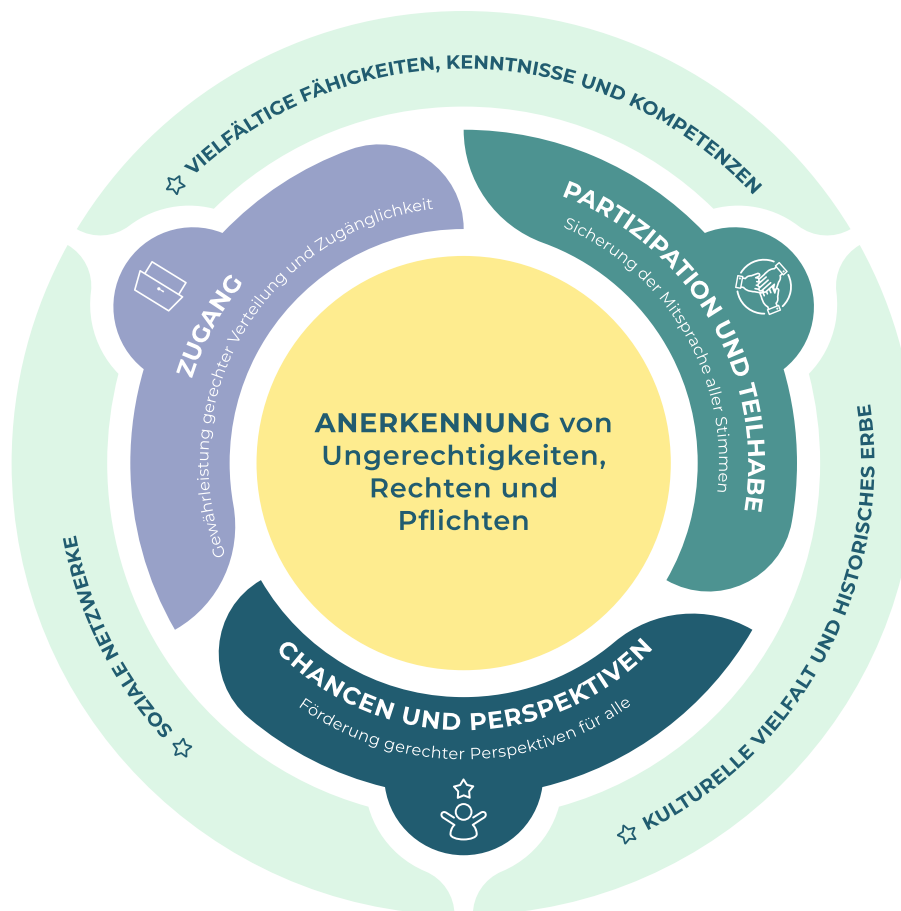


Abbildung 2: Rahmenmodell soziale Gerechtigkeit

auf echte Beteiligung an umweltbezogenen und öffentlichen Entscheidungsprozessen – gepaart mit der Verantwortung öffentlicher Institutionen, diese Rechte zu schützen sowie Teilhabe und gerechte Prozesse¹⁵ zu gewährleisten.

Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit durch erleichterten Zugang, verbesserte Teilhabe und erweiterte Chancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen sollten sowohl Barrieren adressieren als auch vorhandene Stärken in den Gemeinschaften wahrnehmen und weiterentwickeln. Soziale Gerechtigkeit bei der Gestaltung von Programmen zu berücksichtigen bedeutet auch, die bereits vorhandenen Ressourcen wertzuschätzen und zu fördern – etwa **kulturelle Vielfalt und historisches Erbe, soziale Netzwerke** sowie die breite Palette an **Fähigkeiten, Kenntnissen und Kompetenzen** die Einwohner:innen einbringen. Diese Elemente bilden häufig die Grundlage für gegenseitige Unterstützung, Resilienz und Innovation.

Eine **geteilte Definition** und ein einheitliches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ermöglichen es Kommunen, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen so zu gestalten, dass die Chancengerechtigkeit insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert wird.

Um dies praktisch umzusetzen, können Kommunen neue Projekte und Programme anhand eines gerechtigkeitsorientierten Fragenkatalogs prüfen, um sicherzustellen, dass sie den am stärksten Betroffenen zugutekommen. Fragen, die die Diversität lokaler Gemeinschaften widerspiegeln oder die aktuelle Verteilung von Investitionen reflektieren, helfen, den Fokus auf benachteiligte Gruppen zu richten und Beteiligungsprozesse an deren Bedarfen auszurichten.¹⁶ Solche Fragen können z. B. die Entwicklung von Programmen leiten, als Informationsgrundlage für Förderentscheidungen dienen und die Evaluation bestehender Projekte unterstützen. In Turku (Finnland) steht soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt der Planung von Maßnahmen im Bereich Kreislaufwirtschaft, die das städtische Ziel der Klimaneutralität bis 2029 unterstützen. Die drei Gerechtigkeitsdimensionen werden auf die fünf Sektoren der Circular Economy Roadmap¹⁷ angewendet, um Ansätze zur Förderung von *Zugang, Partizipation sowie Chancen* zu identifizieren.

Während Partizipation eine Möglichkeit darstellt, soziale Gerechtigkeit in Klimaschutzpläne und -projekte zu integrieren, ist sie auch im Gestaltungsprozess relevant, wie die Entwicklung des Klimagerechtigkeits-Plans der Stadt Austin zeigt.



Die Herausforderung liegt darin, ökologische Modernisierung mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Klimaschutzmaßnahmen dürfen Menschen mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belasten oder ausschließen. Gleichzeitig sind diese Zielgruppen oft schwer erreichbar, da Klimaschutz für sie nicht oberste Priorität hat. Es braucht eine lebensnahe Ansprache und passgenaue Angebote – doch genau solche zielgruppenspezifischen Maßnahmen sind oft schwer zu entwickeln.



— Lena Völlinger (*Stadt Ludwigsburg, Deutschland*)

15 Vgl. United Nations General Assembly (1998) und United Nations General Assembly (2022).

16 Für Beispiele zu Leitfragen nach Dimensionen des Gerechtigkeitsmodells vgl. ICLEI (2024). Climate Equity Toolbox, S. 41–43.

17 Circular Turku (2021), S. 13.





© Stadt Austin

Gemeinschaftliche Konzeption und Gestaltung des Austin Climate Equity Plan

Was bedeutet soziale Gerechtigkeit im lokalen Kontext, und wie können Einwohner:innen Eigenverantwortung entwickeln und befähigt werden, an Klimaschutzmaßnahmen mitzuwirken? Der [Klimagerechtigkeits-Plan der Stadt Austin](#), wurde in einem kooperativen Prozess mit städtischen Mitarbeitenden und Vertreter:innen verschiedener Bevölkerungsgruppen entwickelt und zeigt, wie Klimaschutzziele mit einem lokal definierten Set von Gerechtigkeitsprinzipien verknüpft werden können: Gesundheit, Bezahlbarkeit, Zugänglichkeit, Kulturerhalt, Gemeinschaftliche Kapazitäten, Just Transition (gerechte Transformation) und Rechenschaftspflicht. Diese Prinzipien dienen als Kriterien zur Bewertung aller vorgeschlagenen Maßnahmen, sodass Klimastrategien nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch anschlussfähig an Lebensrealitäten und Bedarfe der vielfältigen Bevölkerungsgruppen in Austin sind.

Um Chancengerechtigkeit in Planung und Umsetzung zu verankern, verpflichtete sich Austin zu einem gemeinschaftlichen Planungsprozess und richtete Beratungsgruppen ein, die aus kommunalen Mitarbeitenden und Akteur:innen aus der Bevölkerung bestehen. Diese Gruppen steuerten die Entwicklung der fünf Abschnitte, 17 Ziele und über 50 Strategien des Klimagerechtigkeits-Plans, wobei eine ausgewogene Berücksichtigung von technischer Expertise und Perspektiven der Bevölkerung gewährleistet wurde. Dieser partizipative Ansatz betont soziale Gerechtigkeit durch *repräsentative und kooperative Partizipation* und ermöglicht es Einwohner:innen insbesondere aus historisch benachteiligten Gruppen, die Klimazukunft der Stadt mitzugestalten.

Zudem priorisierte Austin inklusive Öffentlichkeitsarbeit und Kapazitätsaufbau, indem ein Netzwerk von Community-Botschafter:innen/Multiplikator:innen eingebunden wurde. Diese vertrauenswürdigen lokalen Persönlichkeiten helfen, Bedarfe zu identifizieren, Forschung durchzuführen und gemeinschaftsgeleitete Initiativen zu unterstützen – und stärken so den *geografischen, demografischen und ökonomischen* Zugang zu Klimaprogrammen. Durch Stärkung von Ownership, Anknüpfen an Gemeinschaftsstärken und die Ausrichtung von Klimaschutzarbeit an Equity-Prinzipien zeigt Austin, wie Kommunen bedeutsame, resiliente und sozial gerechte Klimamaßnahmen schaffen können.

💡 LERNERGEBNISSE: Die Bedürfnisse der Zielgruppen zu verstehen, auf lokale Prioritäten einzugehen und ein Gefühl von Eigenverantwortung zu fördern, kann die Entwicklung gerechter und wirkungsvoller Klimaschutzmaßnahmen unterstützen.

2.2. Abbau von Zugangsbarrieren für verbesserte Teilhabe an Klimaschutzprogrammen

Im Rahmen der Zugangs-Dimension des Rahmenmodells für soziale Gerechtigkeit können potentielle Beteiligungshürden für benachteiligte Gruppen schon während der Konzeption von Klimaschutzprogrammen bedacht und vermieden werden. In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, die Zugangsbarrieren → für identifizierte Zielgruppen erneut zu betrachten, und wie man ihnen begegnen kann: gerechtigkeitsorientierte Gestaltung erleichtert die Teilnahme für Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln, Sprachbarrieren oder Unerfahrenheit mit komplexen Antragsverfahren. Wenn kommunale Entscheidungsträger:innen die soziale Dimension von Beginn an in die Entwicklung von Maßnahmen einbeziehen, können sie Strukturen aufbauen, die effektiv und fair sind.

Die folgenden Strategien können helfen, Zugangsbarrieren zu überwinden – etwa begrenzte Entscheidungsspielräume, mangelnde Kenntnisse über Programme, eingeschränkter Zugang zu Dienstleistungen, bürokratischer Aufwand sowie die Notwendigkeit von Vorauszahlungen.

Antragsverfahren vereinfachen

Bürokratische Komplexität ist eine häufige Hürde, insbesondere für Menschen mit wenig Zeit, begrenzten Sprachkenntnissen oder geringer Erfahrung mit Verwaltungsabläufen. Programme

können darauf reagieren, indem sie Antragsprozesse vereinfachen, die Anzahl erforderlicher Unterlagen reduzieren und Schritt-für-Schritt-Unterstützung anbieten. Einfache, klare Sprache, übersetzte Materialien und visuelle Anleitungen helfen, die Menschen durch den Prozess zu führen. Wichtig ist außerdem, digitale und analoge Optionen bereitzustellen, damit niemand wegen fehlendem Internetzugang oder geringer Computerkompetenz ausgeschlossen wird.

„First-Come, First-Served“-Fallstricke vermeiden

Programme, die Ressourcen nach Eingang der Anträge vergeben, verstärken oft bestehende Ungleichheiten. Personen mit mehr Zeit, besserem Internetzugang oder günstigerer Informationslage sind häufig überrepräsentiert. Um dies zu vermeiden, können Quoten für bestimmte Gruppen eingeführt, Antragszeiträume gestaffelt oder eine Priorisierung nach sozialen und geografischen Kriterien angewandt werden. Diese Mechanismen tragen dazu bei, dass öffentliche Mittel gezielt diejenigen erreichen, die sie am dringendsten benötigen.

Finanzielle Hürden senken

Die Reduzierung oder Abschaffung finanzieller Eigenleistungen tragen dazu bei, Zugangsbarrieren

“

Die Stadt Ludwigsburg hat eine für uns inspirierende Initiative gestartet, bei der Balkon-Solaranlagen für Haushalte mit geringem Einkommen im Rahmen des Ludwigsburg-Card-Programms kostenlos angeboten werden. Nach einer einfachen Online-Anmeldung übernimmt ein technischer Partner Lieferung, fachgerechte Installation und alle notwendigen Schritte. Das ist ein praktischer, sozial gerechter Ansatz, der Klimaschutz fördert und einkommensschwache Gruppen unterstützt.

”

— Viktoria Reith (*Stadt Heidelberg, Deutschland*)



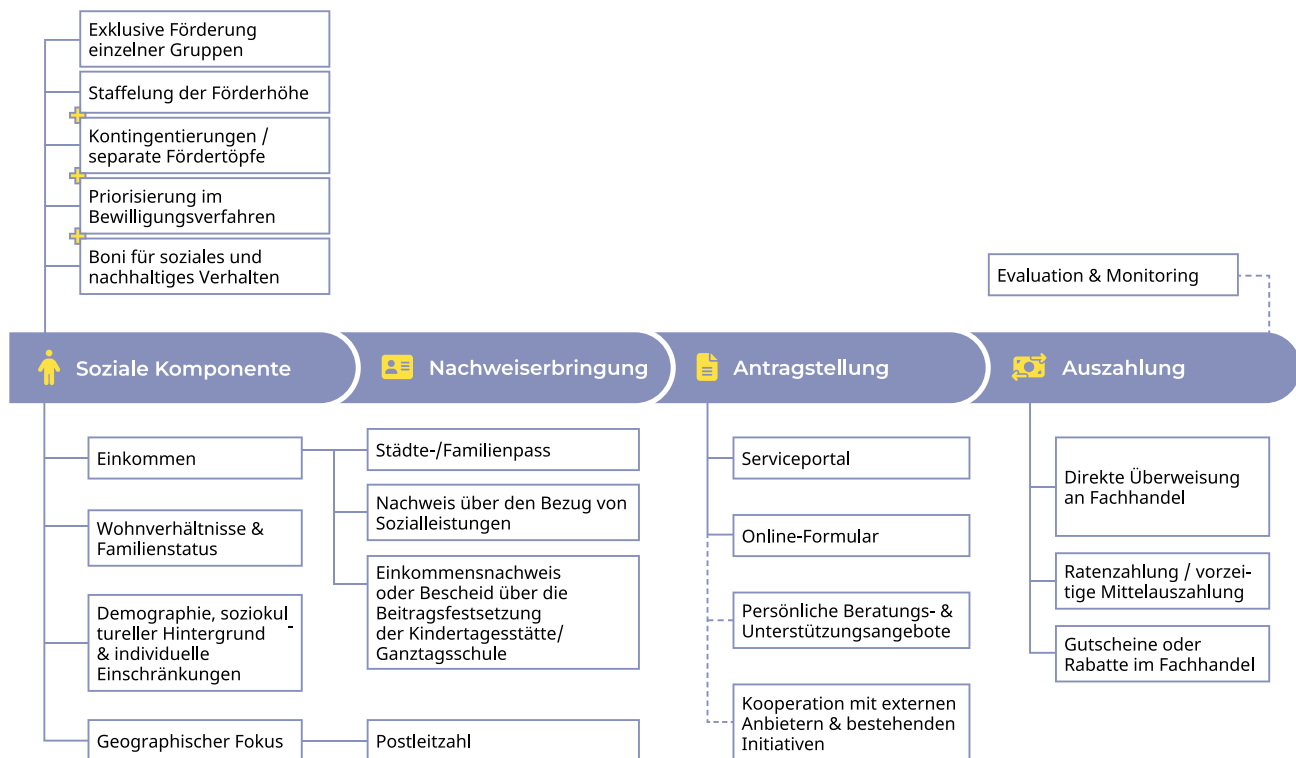


Abbildung 3: Entwicklung von Förderrichtlinien mit sozialen Komponenten¹⁸

zu senken, insbesondere für einkommensschwache Gruppen. Programme können erforderliche Zahlungen für diese Gruppen staffeln oder ganz erlassen, indem Beiträge einkommensabhängig gestaltet werden. Zudem lässt sich die Notwendigkeit von Vorauszahlungen vermeiden, wenn direkt mit lokalen Anbietern zusammengearbeitet wird. Sachleistungen, etwa in Form von Gutscheinen oder direkten Rabatten, können Geldtransaktionen ersetzen. Weitere Möglichkeiten zur Entlastung bestehen darin, Ratenzahlungen zu ermöglichen, den Erwerb gebrauchter Gegenstände zuzulassen oder Leasingmodelle anzubieten.

Mieter:innen unterstützen und Zusammenarbeit fördern

Menschen, die zur Miete wohnen oder in Mehrparteienhäusern leben, haben oft begrenzte Handlungsspielräume. Um dieser Herausforderung zu begegnen, können Programme gezielt so gestaltet werden, dass sie diese Gruppen ausdrücklich einbeziehen. Dazu gehören die Entwicklung von Beteiligungsoptionen für Mieter:innen sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen

Mieter:innen, Gebäudeeigentümer:innen und Wohnungsbaugesellschaften. Die Kommune kann dabei die Rolle einer Moderatorin und Unterstützerin übernehmen. Darüber hinaus können rechtliche Informationen und Beratungsangebote helfen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zu klären, und so die Beteiligung von Mieter:innen an gemeinsamen Entscheidungsprozessen erleichtern.

Persönliche und dezentrale Beratung anbieten

Individuelle und persönliche Beratung kann eine Schlüsselrolle dabei spielen, die Beteiligung zu erhöhen. Sie hilft, sowohl geringe Bekanntheit als auch fehlendes technisches Wissen zu überwinden, indem Programme und Antragsvoraussetzungen verständlich erklärt und Technologien greifbar gemacht werden. Dezentrale Anlaufstellen und mobile Beratungseinheiten können zudem den Zugang für Menschen verbessern, die geografische oder mobilitätsbedingte Barrieren erfahren, und das Bewusstsein insbesondere in unterrepräsentierten Stadtteilen stärken.

¹⁸ ICLEI (2024). Toolbox Klimagerechtigkeit, S. 17.



© Bürgerverein Vilich-Müldorf e.V.

Bürgerschaftlich getragene Solarenergienutzung in Bonn durch Balkonscouts

Im Einklang mit dem [Bonner Klimaplan](#)¹⁹, der betont, dass Bewohner:innen „vor der eigenen Haustür“ aktiv werden sollen, treibt die Stadt in enger Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Vilich-Müldorf eine neue Initiative voran. Sie eröffnet Mieter:innen den Zugang zu Solarenergie, beschleunigt so deren Verbreitung und erreicht Menschen, die bei Klimamaßnahmen sonst oft außen vor bleiben. Mit dem Ziel, jeden Balkon in ein kleines Kraftwerk zu verwandeln und damit Bonns Rolle als „[Balkonkraftwerk-Hauptstadt](#)“²⁰, zu stärken, wurde im Frühjahr 2025 eine zweitägige Schulung angeboten, um 18 ehrenamtliche „[Balkonscouts](#)“²¹ auszubilden. Die Scouts benötigen keine Vorkenntnisse; sie werden ausgewählt, um Nachbar:innen, insbesondere in einkommensschwachen Quartieren, zu unterstützen. Nach dem *Train-the-Trainer*-Prinzip lernen sie alles Relevante von Modulwahl und Montage bis hin zum Umgang mit Förderrichtlinien.

Auf Anfrage besuchen die Balkonscouts die Anwohner:innen kostenlos zu persönlichen Gesprächen von etwa einer Stunde. Zudem unterstützt die Stadt über das kommunale Förderprogramm „Solares Bonn“ die Anschaffung von Plug-in-Solargeräten. Für Bonn-Card-Inhaber:innen wird der städtische Fördersatz von standardmäßig 60 Prozent auf bis zu 90 Prozent des Kaufpreises erhöht.

Entscheidend an diesem bürgerschaftlich getragenen Ansatz ist, dass er – im Einklang mit den Klimazielen und der Unterstützung der Stadt – Fachwissen direkt in die Gemeinschaft einbindet. Die gezielte Unterstützung für potenzielle Nutzer:innen ist praktisch und persönlich, und sie hilft dabei, technische Fachbegriffe und bürokratische Hürden zu verstehen. Gleichzeitig berücksichtigt Bonn die Notwendigkeit einer bezahlbaren und zugänglichen Energiewende. Dieses Vorgehen ist besonders wirksam, um Sorgen einkommensschwacher Haushalte hinsichtlich begrenztem Informationszugang und hohen Vorabkosten aufzufangen.

💡 LERNERGEBNISSE: Gemeinschaftlich getragene Solarinitiativen und persönliche Unterstützung können erneuerbare Energien für Haushalte mit geringem Einkommen erschwinglicher und zugänglicher machen.

19 Bundesstadt Bonn, Website.

20 Bundesstadt Bonn (2024).

21 Bundesstadt Bonn (2025).



© Moritz Leick, Stadt Essen

Überarbeitung der Förderrichtlinie, um Wirksamkeit finanzieller Unterstützung zu verbessern

Als Antwort auf die wachsende Nachfrage nach nachhaltiger Mobilität und die Notwendigkeit, gerechten Zugang sicherzustellen, hat die Stadt Essen eine Überarbeitung ihres [Lastenrad-Förderprogramms](#)²² angestoßen. Statt pauschaler Festbeträge führte die Stadt eine gestaffelte Förderung ein, die Förderhöhen einkommensabhängig anpasst. Im Sinne der kommunalen Gerechtigkeitsziele stellt dieser progressive Ansatz sicher, dass Haushalte mit geringerem Einkommen anteilig eine höhere Unterstützung erhalten. Grundlage der Überarbeitung war eine umfassende Evaluation, die die Bedeutung der gezielten Ansprache sozial benachteiligter Gruppen sowie die Analyse von Verhaltensänderungen in der Mobilität hervorhob.

Um den Antragsprozess zu verschlanken und Verwaltungsaufwand zu reduzieren, hat die Stadt die Einkommensprüfung mit dem bestehenden Verfahren für die Berechnung von Elternbeiträgen zur Kinderbetreuung verknüpft. Dieser Schritt hat die Belastung für Antragstellende deutlich gesenkt und Kapazitäten im Klimateam freigesetzt, sodass eine strategischere Programmsteuerung möglich wird. Durch die Kombination aus datengestützten Erkenntnissen und umsichtiger Gestaltung zeigt das überarbeitete Lastenrad-Förderprogramm in Essen, wie Kommunen die Wirkung klimabezogener Fördermittel steigern und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit sowie effiziente Abläufe fördern können.

💡 LERNERGEBNISSE: Gestaffelte Gestaltung der Förderung, verschlankte Administration und datengestützte Evaluation maximieren den gerechten Zugang zu nachhaltigen Mobilitätslösungen.

Feedback- und Beteiligungsprozesse fest in der Programmentwicklung verankern

Städte können Programme verbessern, indem sie aus den Erfahrungen der Teilnehmenden lernen. Im Antragsprozess ist es hilfreich, um Zustimmung zur Nutzung von Kontaktdaten für Folgeumfragen und Evaluationen zu bitten. So können Städte Rückmeldungen sammeln, Ergebnisse nachvollziehen und Programme bedarfsorientiert anpassen. Um institutionelles Misstrauen anzubauen, ist es entscheidend, Zielgruppen früh in den Gestaltungsprozess einzubeziehen und klar zu kommunizieren, wie ihre Beiträge verwendet werden. Die Nachverfolgung von Ergebnissen und

eine transparente Rechenschaft stärken langfristig Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Soziale Komponenten können integriert werden, indem bestehende Förderrichtlinien an die Bedürfnisse spezifischer Zielgruppen angepasst werden. Natürlich kann die Ausrichtung auf verschiedene Gruppen und Einkommensverhältnisse die Komplexität erhöhen, etwa durch zusätzliche Nachweise zur Berechtigung. Hier kann es hilfreich sein, von bereits erprobten Vorgehensweisen anderer Abteilungen oder Kommunen zu lernen, die ähnliche Ansätze entwickelt haben.

²² Stadt Essen, Website.

2.3. Zusammenarbeit mit unterschiedlichen lokalen Akteur:innen für bessere Programmergebnisse

Wie bereits dargelegt, ist die Zusammenarbeit zwischen vielfältigen Interessengruppen entscheidend für die Gestaltung gerechter Klimaschutzprogramme, da sie unterschiedliche Wissensformen, Erfahrungen und praktische Perspektiven zusammenführt. Über die gemeinschaftliche Zielsetzung hinaus können bestimmte Akteur:innen auch bei der Erbringung von Dienstleistungen, Bereitstellung von Infrastrukturen oder Ansprache von Zielgruppen eine zentrale Rolle spielen, so dass ihre Mitwirkung während des gesamten Programmzyklus von Bedeutung ist. Dabei ist entscheidend, nicht nur zu berücksichtigen, *wer* beteiligt ist, sondern auch, *wie* die Zusammenarbeit strukturiert wird.

In frühen Programmphasen kann die **Einrichtung von Beiräten**, die Stimmen aus Arbeitswelt, Jugend-, Umwelt- und Bürgerrechtsorganisationen zusammenbringen (und deren Mitglieder für ihre Zeit vergütet werden), sicherstellen, dass Entscheidungen ein breites Spektrum an Lebenserfahrungen widerspiegeln.

Kooperation mit technischen, wirtschaftlichen und akademischen Partner:innen kann ebenfalls dazu beitragen, Gerechtigkeitsaspekte in Klimaschutzprogrammen zu stärken. Kommunen profitieren von der Zusammenarbeit mit Energieversorgern, Wohnungsbaugesellschaften und ört-

lichen Anbietern, die bereits über bestehende Beziehungen und Infrastrukturen verfügen und so unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen gezielter erreichen können. Diese Partnerschaften können Umsetzungsprozesse vereinfachen, Kosten reduzieren und eine bedarfsgerechte Unterstützung ermöglichen, die an die Lebensrealitäten verschiedener Zielgruppen angepasst ist. So können kommunale Energieversorger technisches Fachwissen bei der Installation von Solaranlagen einbringen, während Wohnungsbaugesellschaften in der Lage sind, auf Mieter ausgerichtete Maßnahmen in großem Umfang zu unterstützen. Lokale Forschungseinrichtungen können gezieltere Maßnahmen ermöglichen, wenn sie helfen, Zielgruppen mit besonderen Barrieren zu identifizieren sowie Daten und Analysen bereitstellen.

Effektive Zusammenarbeit endet nicht mit der Planung, sondern erfordert auch während der Umsetzung **gemeinsame, zugängliche und effektive Prozesse**. Dies kann herausfordernd sein, insbesondere wenn digitale Plattformen unterschiedliche technische Kapazitäten, Datenstandards oder Softwareumgebungen der beteiligten Partner:innen nicht berücksichtigen. In solchen Fällen können kleine, praxisnahe Interventionen helfen, Abläufe zu testen, gemeinsam zu lernen und schrittweise Systeme für eine langfristige Kooperation aufzubauen.



Das INCLU:DE-Projekt hat wesentlich dazu beigetragen, soziale Gerechtigkeit in die Debatte um Klimaschutzprogramme einzubringen, und uns mit wertvoller Forschung sowie konzeptioneller Beratung dabei unterstützt, unsere strategischen Maßnahmen zu verbessern.



— Björn Ahaus (*Stadt Essen, Deutschland*)





© Stadt San José

Gelebte Erfahrung im Mittelpunkt der Gestaltung von Klimaschutzprogrammen

Die Stadt San José (Kalifornien) gilt mit seinem bürgerschaftlichen Beirat "Community Advisory Board" als erfolgreiches Beispiel für partizipative Entscheidungsprozesse, insbesondere bei der Entwicklung des früheren Förderprogramms für elektrische Haushalte in San José. Während der Entwicklungs- und Umsetzungsphase brachte der Beirat eine vielfältige Mischung an Stimmen zusammen, darunter Vertreter:innen von Gewerkschaften, Jugend- und Studierendengruppen, Umweltorganisationen und einer Bürgerrechtsorganisation. Die 15 Mitglieder des Beirats erhielten eine Aufwandsentschädigung für ihre Zeit und Beiträge – ein Ausdruck der Wertschätzung und gleichzeitig ein Abbau von Teilhabebarrieren, insbesondere für Personen mit niedrigem Einkommen oder mehreren Verpflichtungen. Damit wurde anerkannt, dass Fachwissen in gelebter Erfahrung verwurzelt ist und die Beteiligung nicht auf Personen mit finanziellen Spielräumen beschränkt bleiben darf.

Der Beirat kam regelmäßig zusammen, um Rückmeldungen zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Einbindung der Bevölkerung zu geben und um die Umsetzung der Maßnahmen zu begleiten. Die Empfehlungen des Gremiums flossen direkt in die Entwicklung der Kommunikationsmaterialien ein, die dadurch mehrsprachig und kulturell sensibel gestaltet wurden. Außerdem identifizierte der Beirat Zugangsbarrieren, die zu Anpassungen der Förderkriterien und Antragsprozesse führten. Durch dieses Modell wurden die Erkenntnisse des Beirats in die breitere Klimaschutzplanung San José integriert, was den Einbezug von Perspektiven der Bevölkerung in institutionelle Prozesse stärkte und gerechtere, wirksamere Strategien ermöglichte. Diese Aktivitäten werden nun von der [Climate Advisory Commission](#)²³ fortgeführt, einem Gremium aus elf Einwohner:innen, das als Sprachrohr der Bevölkerung in Fragen zu den Climate Smart-Initiativen der Stadt dient, den Stadtrat sowie die Leiterin der Stadtverwaltung berät und Empfehlungen ausspricht. Die elf Mitglieder vertreten die Verwaltungsbezirke von San José, verschiedene Fachbereiche, Jugend- und Interessenvertretungen sowie Arbeits-, Wirtschafts- und Bildungseinrichtungen.

💡 LERNERGEBNISSE: Zugängliche Beiratsstrukturen, faire Vergütung und kulturell sensible Zusammenarbeit können Partizipation und Effektivität in der Gestaltung von Klimaschutzprogrammen fördern.

23 City of San José, Website. Climate Advisory Commission.



© Benjamin Stollenberg

Innovative Gestaltung kommunaler Prozesse zur Umsetzungscoordination

Das Beispiel der Stadt Ludwigsburg zeigt, wie wichtig ein gut gestalteter interner digitaler Arbeitsablauf für eine effektive Zusammenarbeit mit Beteiligten und eine zielgruppenorientierte Umsetzung kommunaler Klimaschutzprogramme ist.

Im Rahmen des Klimabonus-Programms wurde ein neues Modell eingeführt, das sich ausschließlich an Inhaber:innen der Ludwigsburg-Card richtet und deren spezifische Bedürfnisse berücksichtigt. Diese Gruppe profitiert von einem „Rundum-Sorglos-Paket“, das den gesamten Installationsprozess zentral koordiniert und sämtliche Kosten übernimmt, sodass Balkonkraftwerke für Antragstellende völlig kostenfrei bleiben. Berechtigte Haushalte müssen lediglich ihr Interesse bekunden, ein Bild des geeigneten Balkons hochladen und Ihre Kontaktdaten angeben. Der Kooperationspartner der Stadt prüft anschließend die Berechtigung und organisiert Anschaffung und Installation.

Die Umsetzung erfordert eine enge Abstimmung zwischen dem Team Klima und Energie, den städtischen Versorgungsbetrieben und externen Technikern. Diese war allerdings herausfordernd: Da alle Beteiligten in getrennten Verwaltungssystemen arbeiteten, entstanden Kommunikationslücken (*Black Boxes*) in der Prozesskoordination, die eine Nachverfolgung erschwerten und Transparenz für Antragstellende beeinträchtigten.

Zur Verbesserung führte das Team Klima und Energie einen einheitlichen digitalen Prozess auf Basis von WordPress ein, als Ersatz für weniger flexible, behördlich bereitgestellte Software. Nun können alle Partner:innen Daten zentral erfassen und einsehen, was synchronisierte Abläufe und vollständige Transparenz ermöglicht. Dank dieser Änderung konnten die Statusverfolgung optimiert, Verzögerungen minimiert und allen Akteuren, vom Büropersonal bis zu den Installateuren, eine einheitliche, aktuelle Prozessübersicht bereitgestellt werden. Die Komplexität des Ludwigsburg-Card-Programms wurde so zum Auslöser einer digitalen Innovation, die zeigt, wie interne Systeme neu gedacht werden können, um fragmentierte Kommunikation in einen effizienten, transparenten Arbeitsprozess zu überführen.

💡 LERNERGEBNISSE: Es lohnt sich, Zeit in den Aufbau effektiver interner Systeme zu investieren, um Kooperationen und Transparenz in der Umsetzung von Programmen zu stärken.



© Kenny Eliason, Unsplash

2.4. Wie Kommunen gemeinschaftlich getragene Programme fördern und unterstützen können

Neben der Entwicklung kommunaler Programme mit Gerechtigkeitsaspekten (wie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben) können Kommunen auch **bestehende, gemeinschaftlich getragene Initiativen unterstützen** und die Teilhabe benachteiligter und unterrepräsentierter Gruppen an diesen Aktivitäten ermöglichen. Durch fachliche Begleitung, Bereitstellung von Ressourcen und institutionelle Unterstützung entstehen Gelegenheiten für die örtliche Bevölkerung, Verantwortung für Klimaschutzmaßnahmen zu übernehmen und gleichzeitig sicherzustellen, dass diese Initiativen zugänglich gestaltet sind.

Kommunen können eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung und Skalierung solcher Initiativen spielen, indem sie die Beteiligung strukturell unterrepräsentierter Gruppen stärken und eine gemeinschaftliche Entwicklung der Programme fördern. Zentrale Handlungsansätze, mit denen Kommunen gemeinschaftlich organisierte Programme unterstützen können, sind:

Gemeinschaftliche Programmentwicklung und -steuerung unterstützen

Kommunen können niedrigschwellige Beteiligung unterstützen, indem sie beim Aufbau transparenter Organisationsstrukturen helfen, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von Beginn an einbeziehen. Dazu gehört die Bereitstellung von Leitlinien zur Gründung rechtlicher Einheiten, zur Festlegung interner Regeln und zur Definition von Mitgliedschaftsmodellen, die Gerechtigkeit und gemeinschaftliches Eigentum fördern.

Gerechtigkeit in Finanzierungs- und Fördermechanismen integrieren

Kommunen können Vergabebedingungen festlegen, die eine signifikante lokale Beteiligung an Projekten im Bereich erneuerbarer Energien voraussetzen (z. B. mindestens 50 % Beteiligung der örtlichen Bevölkerung). Außerdem können lokale Klima- oder Nachbarschaftsfonds eingerichtet werden, die Ressourcen gezielt an benachteiligte Gruppen lenken und demokratische Entscheidungsprozesse fördern. Weitere Möglichkeiten umfassen Leasing-Modelle, Mikrokredite oder Matching-Fund-Programme (Programme mit Eigenmittelbeteiligung), die finanzielle Risiken für einkommensschwache Haushalte reduzieren und Solidarität innerhalb der Gemeinschaft stärken.



© Associação Viver Telheiras

Gemeinschaftlich getragene Programme zur Bekämpfung von Energiearmut

Gemeinschaftlich organisierte Programme, wie Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften (Renewable Energy Communities) oder lokale Klimaschutzfonds, bieten innovative Ansätze, um Energiearmut zu verringern und gerechte Klimaschutzmaßnahmen zu fördern. Mit technischer Unterstützung des [Energy Poverty Advisory Hub \(EPAH\)](#)²⁴, der zentralen Initiative der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Energiearmut, entwickelte die Telheiras/Lumiar Renewable Energy Community eine [bürger:innengetragene Initiative für erneuerbare Energien](#)²⁵. Ziel war es, ökonomische, ökologische und soziale Vorteile zu vereinen, um Energiearmut in der örtlichen Bevölkerung zu reduzieren. Das Projekt basierte auf mehreren Schritten: Die Entwicklung des Konzepts auf Basis von Empfehlungen aus der Gemeinschaft, die Suche nach technischen Partnern, die Bewertung des nationalen Rechts- und Regulierungsrahmens, die Auswahl geeigneter Standorte und Energiesysteme, und die Gründung einer gemeinnützigen juristischen Instanz. Die Einbindung der örtlichen Bevölkerung war zentral. Sozialarbeiter:innen der Stadtverwaltung halfen, benachteiligte Familien zu identifizieren und ihre Teilnahme zu unterstützen. Die internen Regeln wurden mit Zustimmung der Mitglieder festgelegt, und es wurden mehrere Kommunikationskanäle geschaffen, um aktive Beteiligung sicherzustellen.

In der Gemeinde Lumiar in Lissabon wurden Solarmodule auf einem städtischen Gebäude installiert. 15 Familien, darunter drei sozial benachteiligte Haushalte, wurden Mitglieder der Energiegemeinschaft und teilten Verwaltung und Erträge aus der Stromerzeugung. Das Projekt entwickelte dabei ein finanzielles und operatives Modell, das auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgelegt ist.

Obwohl der Aufbau von Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften weiterhin komplex und kontextabhängig ist, stärkt dieser Ansatz die direkte, niedragschwellige Beteiligung der Bevölkerung am Klimaschutz und seinen Vorteilen. Institutionelle Unterstützung durch Kommunen kann die Glaubwürdigkeit erhöhen und neue Wege für Kooperationen eröffnen.

💡 LERNERGEBNISSE: Gemeinschaftlich getragene Programme schaffen Synergien zwischen sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Teilhabe und ökologischer Nachhaltigkeit und bieten innovative Wege, um Energiearmut zu bekämpfen.

24 European Commission Energy Poverty Advisory Hub (EPAH), Website.

25 Sequeira, Miguel Macias et al. (2024).





Effektive Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen

Siehe **Kapitel 3.4** →. Dies beinhaltet nicht nur die Bereitstellung von Fördermitteln für zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern auch die Etablierung pragmatischer und flexibler Arbeitsstrukturen.²⁶ Dazu zählen beispielsweise die Anpassung von Antrags- und Berichtspflichten an die Kapazitäten der Organisationen, eine flexible und pragmatische Gestaltung des Projekt-Monitoring sowie strukturierte Feedback-Formate, in denen die Zivilgesellschaft ihre Erfahrungen und Empfehlungen zu Projektkooperationen und -ergebnissen einbringen kann.

Finanzierung und Unterstützung für einkommensschwache Haushalte sichern

Kommunen können direkte finanzielle Unterstützung oder Subventionen bereitstellen, um Zugangsbarrieren für Haushalte mit geringem Einkommen abzubauen. Dazu gehören die Übernahme von Mitgliedsbeiträgen, die Reduktion von Vorauszahlungen sowie gezielte Beratung während des gesamten Antrags- und Beteiligungsprozesses.

Replikation und Skalierung erfolgreicher Modelle fördern

Kommunen können den Wissenstransfer zwischen Zivilgesellschaft und anderen Sektoren erleichtern, um bewährte Ansätze zu verbreiten – etwa die Übertragung von Windenergie-Modellen auf Solar- oder Wärmesektoren. Die Unterstützung von Pilotprojekten und der Austausch von bewährten Verfahren fördern die breitere Anwendung gemeinschaftlich getragener Ansätze.

Neben der Priorisierung der Kooperation verschiedener Bevölkerungsgruppen und einer gerechten und zugänglichen Gestaltung einzelner Programme ist ein entscheidender Schritt zur Stärkung gerechter Klimaschutzmaßnahmen, soziale Gerechtigkeit als strategische Zielsetzung in der gesamten Kommunalverwaltung zu verankern. Eine nachhaltige Finanzierung und langfristige Unterstützung für einzelne Programme wird nur möglich, wenn ein breiter Konsens besteht, Klimaschutzziele und soziale Ziele miteinander zu verknüpfen und gesellschaftlichen Nutzen ganzheitlich zu betrachten.

²⁶ ICLEI (2023).

3.

INSTITUTIONELLE HERAUSFORDERUNGEN

Strategische Verankerung von sozial gerechtem Klimaschutz in der Kommunalverwaltung

Dieses Kapitel beleuchtet die **institutionellen Herausforderungen**, denen Kommunen bei der **Verankerung von sozial gerechtem Klimaschutz** begegnen. Der Fokus verschiebt sich dabei von der Gestaltung einzelner Programme hin zu kommunalen Strukturen und zeigt konkrete Strategien zur Überwindung von institutionellen Hürden und langfristigen Integration von sozialer Gerechtigkeit in der kommunalen Arbeit.

Zentrale institutionelle Barrieren sind:

- **Herausfordernde politische und finanzielle Rahmenbedingungen:** Unbeständige Haushaltslagen und politische Prioritätensetzungen erschweren die langfristige Unterstützung und Erprobung innovativer, sozial gerechter Ansätze;
- **Kapazitätsengpässe:** Begrenzte personelle Ressourcen werden durch zeitintensive Prozesse der Zielgruppenarbeit sowie durch zusätzliche administrative Anforderungen durch sozial ausgerichtete Programme zusätzlich belastet;
- **Ressortdenken und unklare Rollenverteilung:** Die nötige ressortübergreifende Zusammenarbeit wird durch abgeschottete Verwaltungsstrukturen erschwert; und
- **Rechtliche Hürden:** Vorschriften zum Datenschutz oder zur Berechnung sozialer Leistungen können, oft unbeabsichtigt, die Gestaltung inklusiver Politiken erschweren.

Das Kapitel beschreibt **Strategien zur Überwindung dieser institutionellen Barrieren**, unter anderem durch:

- **Sicherung politischer Unterstützung und strategischer Mandate:** Durch Nutzung von Projektergebnissen und Erfolgen kann Zustimmung politischer Entscheidungsträger:innen gewonnen

und soziale Gerechtigkeit als Kernkonzept in kommunale Strategien wie Klima- oder Stadtentwicklungspläne integriert werden;

- **Förderung ressortübergreifender Zusammenarbeit und interner Kapazitätsaufbau:** Zum Abbau administrativer Silos können ressortübergreifende Arbeitsgruppen eingerichtet, explizite Querschnittstellen für soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz geschaffen oder interne Prozesse zur gemeinsamen Erarbeitung von Leitlinien gestaltet werden;
- **Aufbau strategischer Partnerschaften mit Zivilgesellschaft und weiteren Schlüsselakteur:innen:** Zivilgesellschaftliche Akteur:innen und andere engagierte engagierter *Change-Maker* durch gezielte Partnerschaften, flexible Förderstrukturen und Feedbackprozesse langfristig einbinden; und
- **Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für sozial gerechten Klimaschutz:** Dafür gilt es, klarere Regularien, integrierte Förderstrukturen und kooperative Governance-Modelle auf nationaler und EU-Ebene einzufordern, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken.

ZENTRALE ERKENNTNIS



Die Überwindung institutioneller Barrieren hängt wesentlich davon ab, in kooperative Strukturen zu investieren – innerhalb der Verwaltung ebenso wie extern mit strategischen Partner:innen über politische Ebenen hinweg. Die Sicherung politischer Mandate und der Aufbau förderlicher Rahmenbedingungen sind entscheidend, um sozial gerechten Klimaschutz als grundlegendes Prinzip kommunaler Steuerung zu verankern.

3.1. Institutionelle Barrieren auf kommunaler Ebene erkennen

Es ist wichtig anzuerkennen, dass strukturelle Barrieren nicht nur aus den Lebensrealitäten und Umständen benachteiligter Bevölkerungsgruppen, sondern auch aus den **Herausforderungen innerhalb der kommunalen Verwaltung selbst** entstehen. Diese umfassen:

Herausfordernde politische und finanzielle Rahmenbedingungen

Kommunalverwaltungen in vielen Ländern agieren in einem politischen und finanziellen Umfeld, in dem die kontinuierliche politische und finanzielle **Unterstützung für Klimapolitik zunehmend unsicher wird**.

Insbesondere deutsche Kommunen stehen derzeit vor enormen **finanziellen Belastungen** und verzeichnen das höchste Haushaltsdefizit in ihrer Geschichte.²⁷ Diese angespannte Situation zwingt viele Kommunen zu einer Phase der fiskalischen Konsolidierung, die von Ausgabenkürzungen, Personalabbau und verzögerten Haushaltsentscheidungen geprägt ist. Dadurch geraten dringend notwendige Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz zunehmend in Konkurrenz zu grundlegender kommunaler Daseinsvorsorge und anderen Pflichtaufgaben. Verstärkt durch langfristig hohe Verschuldung führt diese prekäre Finanzlage zu einer Zurückhaltung bei kurzfristigen, konsumtiven Ausgaben, die unmittelbare Bedürfnisse decken (im Gegensatz zu langfristigen

Infrastrukturinvestitionen) – wie etwa kommunale Förderprogramme, die im Zentrum des INCLU:DE-Projekts stehen. Der Konsolidierungsdruck und die Fokussierung auf „Kernaufgaben“ schränken den Spielraum für innovative Klimaschutzmaßnahmen ein, insbesondere für die Integration sozialer Gerechtigkeitskomponenten.

Klimaschutzabteilungen stehen zudem vor Unsicherheiten hinsichtlich politischer Kontinuität und Priorisierung von Klimapolitiken. Eine Ursache hierfür ist die Wahrnehmung einer in vielen Teilen Europas sinkenden Bedeutung von Klimaschutz und entsprechend veränderten parlamentarischen Mehrheiten. In Verbindung mit engen Haushaltsrahmen führt dies häufig zu begrenzter finanzieller Ausstattung und Planungssicherheit für Kommunen. In vielen Fällen wird die zukünftige Fortführung bestehender Programme als unsicher eingeschätzt, insbesondere im Hinblick auf anstehende Kommunalwahlen.

Kapazitätsengpässe

Im Zusammenhang damit **mangelt es Städten an Personalressourcen** für zeitintensive Umsetzungsprozesse. Wie bereits hervorgehoben, ist die Entwicklung sozial gerechter Klimamaßnahmen sowohl zeit- als auch ressourcenintensiv. Ein Beispiel ist der hohe Aufwand, der erforderlich ist, um Vertrauen innerhalb von Zielgruppen und zu lokalen Multiplikator:innen aufzubauen. Dies erfordert

“

Klimapolitik steht unter Druck – wirtschaftliche Unsicherheiten und Haushaltsbeschränkungen erschweren es zunehmend, die Klimaziele aufrechtzuerhalten. In diesem Kontext kann die Stärkung eines sozial gerechten Klimaschutzes Teil der Lösung sein.

”

— Björn Ahaus (*Stadt Essen, Deutschland*)

²⁷ Statistisches Bundesamt (2025).



häufig wiederholte persönliche Besuche in den Quartieren, die Identifizierung relevanter Stadtteilgremien und gegebenenfalls die Teilnahme an deren Sitzungen, die nicht selten außerhalb regulärer Arbeitszeiten stattfinden.

Ebenso führt die Integration sozialer Komponenten in Förderprogramme zu zusätzlicher administrativer Komplexität. Sie erfordert beispielsweise zusätzlich eine Nachweisprüfung der Zielgruppenzugehörigkeit, was den bestehenden Personalmangel weiter verschärfen kann.

Ressortdenken und unklare Rollenverteilung

Viele Klimathemen überschreiten die Grenzen herkömmlicher Zuständigkeitsbereiche. Unterschiedliche Prioritäten, Fachlogiken und Perspektiven erschweren die Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen. Dies wird noch komplexer, wenn Klimapolitik soziale Gerechtigkeit stärken und Ungleichheiten abbauen soll – hier ist oft die Expertise von Sozialabteilungen gefragt. Der Bezug zum Klimaschutz ist dabei nicht immer klar, und **Wissen über kommunale Prozesse ist fragmentiert**, da niemand den Überblick über alle städtischen Angebote und Prozesse hat.

Eine bereichsübergreifender *Co-Creation*-Ansatz ist notwendig, um kontextbezogene und sozial sensible Klimapolitiken zu entwickeln. Diese wird jedoch häufig durch unklare Rollenverteilungen, ein **fehlendes gemeinsames Verständnis von Co-Creation**

innerhalb (und außerhalb) der Verwaltung sowie gelegentlich durch **offenen Widerstand gegen Zusammenarbeit**. behindert. Widerstand kann sowohl auf individueller Ebene (z. B. aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zur Relevanz sozialer Gerechtigkeit in Klimaprogrammen) als auch auf institutioneller Ebene auftreten – etwa, wenn kommunale Wohnungsbaugesellschaften strikte Auflagen zur Installation von Balkonkraftwerken verhängen und damit kommunale Zielsetzungen unterlaufen.

Rechtliche Hürden

Die Entwicklung sozial gerechter Klimapolitik kann durch (oft unerwartete) rechtliche Vorschriften erschwert werden. So entstehen beispielsweise juristische Bedenken bei der **Vereinfachung der Sprache** in Förderrichtlinien. **Datenschutzvorgaben** können verhindern, dass Rückmeldungen von früheren Antragstellenden gesammelt werden, etwa dazu, wie sie von einem Angebot erfahren haben oder wie Prozesse verbessert werden könnten. Auch die Auszahlung von Fördermitteln kann zu **Unsicherheiten²⁸ bei Leistungsbeziehenden**, führen, da oft nicht eindeutig geklärt ist, dass diese zweckgebundenen Zahlungen nicht als Einkommen auf Sozialleistungen angerechnet werden sollten.

Obwohl viele dieser Barrieren strukturell bedingt sind, können Kommunen durch strategische institutionelle Veränderungen ihre interne Handlungsfähigkeit stärken.

28 ICLEI (2024). Chancengleichheit im Klimaschutz, p. 3.



© Phil Desforges, Unsplash

3.2. Politische Unterstützung und strategische Mandate sichern

Um soziale Gerechtigkeit in Klimaprogrammen langfristig zu stärken, benötigen die Verantwortlichen in der kommunalen Klimapolitik entweder **politische Rückendeckung oder konkrete Mandate auf operativer Ebene**. Die Verankerung sozialer Gerechtigkeit in Klimaprogrammen erfordert häufig die Anpassung bestehender Verfahren und Richtlinien oder die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen – Schritte, die nur mit ausreichender institutioneller Unterstützung umsetzbar sind.

Kommunen können hierzu anstreben, **soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in kommunalen Planungsstrategien stärker zu integrieren**. Dies kann bedeuten, soziale und ökologische Prioritäten in städtebaulichen Strategien miteinander zu verbinden oder Gerechtigkeitskonzepte explizit in Klimaschutzpläne aufzunehmen, etwa als konkrete Ziele oder Handlungsfelder. Zwar wird häufig Gerechtigkeit und soziale Verträglichkeit als Ziel genannt, doch die konkrete Umsetzung bleibt unklar. Hier können kleinere Projekte zu inklusivem Klimaschutz, wie in diesem Leitfaden vorgestellt, als Pilotbeispiele dienen, um langfristig skalierbare Ansätze zu entwickeln.

Ein wichtiger Ansatzpunkt besteht daher darin, **konkrete Projektergebnisse, wie Studienergebnisse und Politikempfehlungen, in politische Entscheidungsprozesse einzuspeisen**, um Sichtbarkeit und Legitimität zu erhöhen. Berichte sollten die kurz- und langfristigen Vorteile sozial gerechter Klimapolitik herausstellen: Zum einen können solche Maßnahmen gleichzeitig soziale und

ökologische Ziele fördern und dadurch die Effizienz des Ressourceneinsatzes steigern, zum anderen die langfristige Unterstützung der Transformation der Bevölkerung stärken. Sowohl die erzielten Erfolge, das Potenzial als auch den Unterstützungsbedarf hervorzuheben, kann die politische Aufmerksamkeit erhöhen, positive Dynamik erzeugen und Kontinuität in der Umsetzung fördern.

“

Um Programme zugänglicher zu machen bzw. Teilhabebarrrieren zu reduzieren, müssen wir unsere Annahmen über benachteiligte Gruppen hinterfragen. Dieser Prozess braucht Zeit, wird aber in zukünftigen Programmen umgesetzt. Zudem werden wir soziale Gerechtigkeit auch in anderen Bereichen des Klimaschutzes und der Anpassung stärker verfolgen.

”

— Christopher Sadlowski
(Stadt Dortmund, Deutschland)



© Salivanchuk Semen, Shutterstock

Projektergebnisse als Hebel für politische Unterstützung

Sowohl Dortmund als auch Ludwigsburg zeigen, wie das Einbringen von INCLU:DE-Projektergebnissen in politische Entscheidungsprozesse institutionellen Wandel hin zu einem sozial gerechteren Klimaschutz anstoßen kann.

In **Dortmund** beeinflussten die Projektergebnisse die Neugestaltung eines kommunalen Förderprogramms, das zentrale Empfehlungen aufnahm – etwa vereinfachte Sprache, Aufteilung des Zeitraums der Antragstellung in mehrere Wellen, digitalisierte Prozesse und Unterstützungsangebote. Obwohl einige Anpassungen noch der Zustimmung des Rates bedürfen, war die frühe Einbindung politischer Akteur:innen entscheidend. Für die langfristige Institutionalisierung sozialer Komponenten in Klimaprogrammen braucht es entweder die laufende politische Unterstützung um Änderungen abzusegnen oder konkrete Entscheidungsbefugnisse auf operativer Ebene. Um dies zu erreichen, ist es wichtig politische Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies kann durch formale Einreichung von Projektergebnissen, gezielte Workshops zur Sensibilisierung beratender Gremien wie dem Klimabeirat oder durch die strategische Verankerung Gerechtigkeitsprinzipien in Planungsdokumenten wie den Climate City Contract erreicht werden.

In **Ludwigsburg** fand der Projektfokus auf soziale Gerechtigkeit trotz kommunaler Haushaltsbeschränkungen politische Resonanz. Durch die Einführung des Rundum-Sorglos-Paket für Balkon-PV konnte die Teilnahme von Haushalten mit niedrigem Einkommen deutlich erhöht werden. Diese positiven Projektergebnisse erreichten Berichterstattung in lokalen Medien sowie positives politisches Feedback.

Die Erfahrung beider Städte verdeutlicht den strategischen Nutzen von Projektergebnissen, um politisches Bewusstsein zu schärfen und soziale Gerechtigkeit als zentrales Ziel der Klimapolitik institutionell zu verankern.

 **LERNERGEBNISSE:** Projektergebnisse gezielt einzubringen fördert politisches Bewusstsein und hilft, soziale Gerechtigkeit als Kernziel der Klimapolitik nachhaltig zu verankern.



3.3. Ressortübergreifende Zusammenarbeit und interne Kapazitätsentwicklung fördern

Auch wenn es herausfordernd bleibt, Verwaltungssilos vollständig zu überwinden, können Kommunen ressortübergreifendes Lernen und Zusammenarbeit gezielt fördern, um Synergien für sozial gerechten Klimaschutz zu nutzen. Dabei spielt Kapazitätsaufbau eine zentrale Rolle: Ohne gemeinsames Verständnis, Problembewusstsein und Ziel bleibt Zusammenarbeit oft formell statt transformativ. Workshops, Schulungen und informelle Austauschformate können als Bausteine für gegenseitiges Lernen dienen, unterschiedliche Perspektiven verknüpfen, Komplementaritäten aufzeigen und gegenseitige Unterstützung fördern.

Gemeinsame Workshops und Austauschtreffen können ein erster Schritt sein, um Fachbereiche zusammenzubringen. **Interdisziplinäre Arbeitsgruppen oder Projektteams** zu Querschnittsthemen können darüber hinaus helfen, gemeinsame Visionen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zu strukturieren. Manche Städte haben zudem **programmatische Koordinationsstellen** geschaffen, die den Auftrag haben, ressortübergreifende Themen wie soziale Gerechtigkeit, Partizipation oder die Transformation zur klimaneutralen Stadt zu steuern.

Wesentlich ist, dass das übergeordnete Ziel „inklusive Klimaschutz“ explizit in den **Verantwortungsbereich einzelner Personen oder Abteilungen** aufgenommen wird. Wird dies versäumt, besteht die Gefahr, dass engagierte Mitarbeitende diese Aufgaben zusätzlich zu ihrem Alltagsgeschäft übernehmen, insbesondere, da für Klimaschutzabteilungen in Deutschland und anderen Ländern die CO₂-Reduktion bislang als einzige Messgröße für Erfolg gilt. Mit der zunehmenden Bedeutung von *Klimaanpassung* ergibt sich ein Potenzial, Teilhabe zunehmend als Bewertungskriterium für den Erfolg kommunaler Klimamaßnahmen zu verankern.

Gleichzeitig ist es hilfreich, **Wissensaustausch, offene Kommunikation**, und Netzwerkmöglichkeiten zwis-



© Timur Shakerzianov, Unsplash



© Timur Shakerzianov, Unsplash

chen Mitarbeitenden verschiedener Abteilungen zu ermöglichen, die auf unterschiedliche Art und Weise an der Umsetzung sozial gerechter Klimapolitik beteiligt sind. **Gemeinsame Workshops** können ein **gemeinsames Verständnis zentraler Konzepte** schaffen und verschiedene Perspektiven verbinden, sodass Klimagerechtigkeit als gemeinsames Anliegen verstanden wird. Die interne **Bekanntmachung** inspirierender Initiativen ist ebenfalls entscheidend, damit kommunale Mitarbeitende als Multiplikator:innen agieren und Bezüge zu eigenen Prozessen oder relevanten Akteur:innen in ihrem Netzwerk herstellen können.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit und interner Kapazitätsaufbau verstärken sich gegenseitig. Strukturierte Lernräume helfen, Silos aufzubrechen und Perspektiven zu verbinden, während kollaborative Strukturen die gemeinsame Umsetzung stärken. Die Integration von Aspekten sozialer Gerechtigkeit in Zuständigkeiten, partizipative Lernformate und gemeinsames Bewusstsein über Fachgrenzen hinweg stärken eine inklusive kommunale Klimagovernance und sichern, dass Klimamaßnahmen sowohl ökologische wie auch soziale Vorteile erzielt.

“

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind eng miteinander verknüpft. Mit unserem Amt für soziale Gerechtigkeit wollen wir sicherstellen, dass der Klimaplan der Stadt Bonn und seine Maßnahmen sowohl in der Konzeption als auch in der Umsetzung sozial gerecht sind.

”

— Felicitas Müller
(Stadt Bonn, Deutschland)





© Stadt Malmö

Ressortübergreifende Zusammenarbeit für eine gerechte Transformation

Während ressortübergreifende Zusammenarbeit für viele Kommunalverwaltungen eine Herausforderung darstellt, hat die Stadt Malmö ihre Klimaschutzaktivitäten in einer übergeordneten Zielsetzung verankert, die soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit gleichermaßen verfolgt. Diese geteilte Grundlage ermöglicht eine sinnvolle Zusammenarbeit in der Klimatransformation - nicht durch das Auflösen von Fachressorts, sondern durch den Aufbau von Brücken.

Das [Climate Transition Team](#)²⁹ steuert den Transformationsprozess der Stadt, indem es Verwaltungshandeln über Abteilungen hinweg koordiniert und unterstützt, etwa in den Bereichen Kommunikation, Monitoring, Evaluation, Analyse, Wissensmanagement und Dialog mit relevanten Akteur:innen. Darüber hinaus bietet das Team zentrale Dienstleistungen an, zum Beispiel sozioökonomische Wirkungsanalysen.

Um das Verwaltungshandeln insgesamt zu verändern, hat Malmö verschiedene Instrumente und Ansätze eingeführt, die sich auf die lokale Umsetzung von Klimagerechtigkeit auf Bezirksebene konzentrieren und gleichzeitig systemische Veränderungen innerhalb der gesamten Stadtverwaltung fördern. Dazu zählen thematische Partnerschaften wie das [Malmö Commitment](#)³⁰ sowie gezielte Maßnahmen wie beispielsweise urbane Begrünung, die in die jeweiligen Fachkompetenzen der Abteilungen eingebettet werden. Zur Überwindung traditioneller Verwaltungsstrukturen setzt Malmö auf integrierte Strategien wie Dezentralisierung der Entscheidungsfindung, Zukunftsszenarien, Roadmaps und Problemlösungsworkshops in thematischen Ausschüssen. Unterstützt wird dieser Prozess durch Instrumente wie den Discomfort Index, der aufzeigt, wie Klimafolgen mit alltäglichen Themen wie Wohnen, Gesundheit, Wirtschaft oder Geschlechtergerechtigkeit zusammenhängen. So trägt er dazu bei, ein gemeinsames Verständnis von Klimagerechtigkeit zu schaffen und die Zusammenarbeit weiter zu stärken.³¹

💡 LERNERGEBNISSE: Bedeutungsvolle ressortübergreifende Zusammenarbeit gelingt, wenn Gerechtigkeit strategisch verankert, Systemwandel priorisiert und integrierende, flexible Werkzeuge eingesetzt werden. Dadurch wächst ein gemeinsames Verständnis zwischen Fachbereichen, das Klimaschutz und soziale Realitäten zusammenführt.

29 Viable Cities and City of Malmö (2021), S. 6.

30 ICLEI and City of Malmö, Website.

31 Adaptation AGORA (2024).



© ICLEI

Interne Kapazitätsentwicklung für sozial gerechten Klimaschutz

Im Rahmen des INCLU:DE-Projekts planen sowohl Bonn als auch Dortmund gezielte Workshops, um interne Kapazitäten zu stärken und das Bewusstsein für Gerechtigkeitsaspekte in der gesamten Klimaarbeit zu erhöhen.

In **Bonn** soll sich eine Workshopreihe an kommunale Mitarbeitende richten und sicherstellen, dass soziale Gerechtigkeit künftig als Standardüberlegung in allen Klimainitiativen berücksichtigt wird. Die Workshops stehen Mitarbeitenden offen, die an der Entwicklung oder Umsetzung des Klimaplanes beteiligt sind, darunter Klimaschutzkoordinator:innen, Fachabteilungen und Projektleitungen.

Der zweiteilige Aufbau startet mit einer Einführung in die Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit im Klimaschutz, einer Bedarfsanalyse zu lokalen Herausforderungen und einer Diskussion der Risiken bei unzureichender Berücksichtigung dieser Aspekte. Das zweite Treffen konzentriert sich auf praxisnahe und umsetzungsorientierte Themen wie die Vermeidung grüner Gentrifizierung, Umgang mit Flächennutzungskonflikten, Verbesserung von Mobilitätsgerechtigkeit und die Gestaltung inklusiver Förderprogramme.

In **Dortmund** organisiert die Klima- und Energieabteilung einen Workshop mit dem Klimabeirat der Stadt, der 2022 gegründet wurde, um kommunale Aktivitäten in den Bereichen Klimaschutz und -anpassung zu begleiten. Ziel ist es, Erkenntnisse aus dem Projekt zu teilen, ein gemeinsames Verständnis von gerechtem Klimaschutz zu fördern und die Zusammenarbeit über Akteursgrenzen hinweg zu stärken.

Beide Ansätze zeigen, wie strukturierte, partizipative Lernräume dazu beitragen können, verschiedene Perspektiven zu verbinden, Bewusstsein zu schaffen und kommunale Akteur:innen zu befähigen, soziale Gerechtigkeit in ihre eigene Arbeit zu integrieren.

💡 LERNERGEBNISSE: Strukturierte, gerechtigkeitsorientierte Workshops fördern interne Kapazitäten, ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Verankerung sozialer Gerechtigkeit in der kommunalen Klimaplanung.



© Macs Moser

3.4. Strategische Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft aufbauen

Wie in **Kapitel 2.4** →, diskutiert, ist der Aufbau langfristiger Partnerschaften mit lokal verankerten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gemeinschaftsstrukturen nicht nur entscheidend, um Inklusivität zu gewährleisten, sondern auch für die Effektivität und Effizienz kommunaler Klimaschutzmaßnahmen begrenzter kommunaler Kapazitäten.

Kommunen können erheblich von der Expertise, dem Engagement, den Netzwerken und dem lokalen Wissen zivilgesellschaftlicher Organisationen **profitieren**³². Diese Akteur:innen genießen in der Öffentlichkeit mehr Vertrauen als Verwaltungen, Unternehmen oder Medien. Sie bieten Entscheidungsträger:innen wertvolle Einblicke in lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse benachteiligter Gruppen und tragen zur Legitimität kommunaler Klimapolitik insgesamt bei. Gleichzeitig ist darauf zu achten, die Zivilgesellschaft nicht als unbezahlte Arbeitskraft zu nutzen.

Insbesondere auf Quartiers- oder Stadtteilebene ist es sinnvoll, **gezielt Change-Maker zu identifizieren**, also Personen, die besonders motiviert und gut vernetzt sind und andere erfolgreich zum Mitmachen bewegen können. Die Aufgaben, die durch die Zusammenarbeiten entstehen, sollten an bestehende Ziele und die alltägliche Arbeit vor Ort anknüpfen statt zusätzliche Belastungen zu schaffen. Akzeptanz und Engagement lassen sich zudem erhöhen, wenn Aufgaben an die alltägliche Arbeit der Partner:innen anknüpfen und gezeigt wird, wie sich gemeinsame Ziele ergänzen – anstatt zusätzliche Belastungen zu schaffen.

Eine zentrale Erkenntnis aus dem INCLU:DE-Projekt ist, dass von Beginn an eine **klare Rollenverteilung** entscheidend ist, um Erwartungen zu klären. Nur wenn alle Beteiligten wissen, welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten sie übernehmen, kann Verlässlichkeit und Wirksamkeit in der Zusammenarbeit entstehen. Das Vernetzen relevanter Akteur:innen hilft darüber hinaus, Wissen zu bündeln und komplexe Verwaltungsprozesse gemeinsam zu bewältigen. Desweiteren sollten entstehende Partnerschaften fest in kommunale Arbeitsstrukturen eingebettet werden. Zu Beginn kann dies beispielsweise Auftaktworkshops, die Abstimmung von Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die gemeinsame Entwicklung von Umsetzungsplänen umfassen. Langfristig unterstützen regelmäßige Check-Ins und digitale Werkzeuge das Monitoring von Fortschritten (siehe hierzu das Beispiel des digitalen Workflows Ludwigsburgs in **Kapitel 2.3** →).

32 Strid et al. (2023), S. 5.



© CFAB, Unsplash

Zusammenarbeit mit lokal verankerten Multiplikator:innen

Sowohl Bonn als auch Heidelberg arbeiten gezielt mit engen zivilgesellschaftlichen Partner:innen zusammen, um ihre Klimaschutzmaßnahmen an die Bedürfnisse lokaler Zielgruppen anzupassen und langfristige Kooperationen aufzubauen.

In **Bonn** werden die städtischen Klimaviertel (siehe Einleitung →) zentral vom KompetenzNetz koordiniert – einer Struktur, die Schlüsselakteur:innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammenführt. Jedes Klimaviertel obliegt einem zivilgesellschaftlichen Träger, der auch ein Mitmachzentrum als physischen Standort verwaltet. Die Träger fungieren als Multiplikator:innen, die mithilfe ihrer Netzwerke, Glaubwürdigkeit und Ortskenntnis den Klimaschutz in den Lebensrealitäten der Bewohner:innen verankern. Dadurch werden Aktivitäten nicht nur technisch fundiert, sondern auch sozial sensibel umgesetzt.

In **Heidelberg** stützt sich die Stadt bei der Förderung von Balkon-Solaranlagen in unterrepräsentierten Stadtteilen auf lokale Strukturen. Der Hasenleiser Vergabe-Beirat, ein gewähltes Gremium lokaler Bürger:innen, das Investitionsentscheidungen im Stadtteil mitgestaltet, wurde frühzeitig in die Planung und Evaluation der Förderaktivitäten einbezogen. So konnten Ansprachestrategien getestet und angepasst werden, um sicherzustellen, dass Förderangebote die tatsächlichen Bedarfe und Kommunikationswege im Stadtteil berücksichtigen.

In beiden Städten hilft dieser Ansatz, bestehende Gemeinschaftsstrukturen zu nutzen, Vertrauen aufzubauen und Beteiligung zu erhöhen. Durch die Zusammenarbeit mit etablierten lokale Akteur:innen können Kommunen authentischer mit Bewohner:innen in Kontakt treten, Programmreichweite erhöhen und nachhaltige Kooperationen fördern.

💡 **LERNERGEBNISSE:** Die Zusammenarbeit mit lokal eingebundenen zivilgesellschaftlichen Akteuren verankert Klimaschutzmaßnahmen in lokale Realitäten und fördert so die Relevanz, Reichweite und langfristige Wirkung.

3.5. Förderliche Rahmenbedingungen für sozial gerechten Klimaschutz schaffen

Wie bereits in [Kapitel 3.1](#) → dargestellt, kann die Entwicklung sozial gerechter Klimapolitik durch rechtliche und gesetzliche Vorgaben in vielfältiger Weise erschwert werden. Dies verdeutlicht, wie komplex und ressortübergreifend die Aufgabe ist, sozial gerechten Klimaschutz institutionell zu verankern.

Kommunen können durch die Entwicklung **interner Leitlinien** für mehr Rechtssicherheit und vereinfachte Verwaltungsverfahren bei der Umsetzung sozial gerechter Klimaprogramme, insbesondere Förderprogramme, sorgen. Wenn beispielsweise rechtliche Bedenken hinsichtlich der vereinfachten Sprache in Förderrichtlinien bestehen, sollten juristische Fachabteilungen frühzeitig eingebunden werden, um klare, gemeinsam entwickelte Leitlinien zu erstellen. Diese sollten Rechtssicherheit gewährleisten und gleichzeitig die Zugänglichkeit für Antragstellende sicherstellen. Ebenso sollten Programme so gestaltet sein, dass sie die Einholung von Feedback der Teilnehmenden unter Einhaltung des Datenschutzes ermöglichen, um Angebot, Prozess und Kommunikationskanäle kontinuierlich zu verbessern.

In anderen Fällen muss diese Rechtssicherheit auf nationaler Ebene geschaffen werden. Ein Beispiel ist die Frage, ob finanzielle Förderungen für die Anschaffung klimaförderlicher Technologien bei der Berechnung sozialer Leistungen als Einkommen angerechnet werden. Hier sind klare und einheitliche Regelungen durch nationale Behörden erforderlich.³³

Grundsätzlich sollten die Anstrengungen lokaler Verwaltungen, Klimaschutzmaßnahmen an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen, **durch geeignete Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene unterstützt** werden. Dazu gehören integrierte Finanzierungsmechanismen,

gemeinsame Governance-Strukturen und Kapazitätsaufbau vor Ort. Das [EU policy paper](#)³⁴ von INCLU:DE zu *Advancing a Just Urban Transition* hebt mehrere zentrale Unterstützungsmaßnahmen hervor. Ein Schlüsselinstrument auf EU-Ebene ist der Klimasozialfond (Social Climate Fund), der gezielt genutzt werden sollte, um gerechten Klimaschutz auf lokaler Ebene zu fördern. Darüber hinaus sind Zugang zu Ressourcen und Kapazitätsaufbau, insbesondere im Bereich Partizipation und Co-Creation, notwendig, um lokales Transformationsmanagement zu stärken. Schließlich sollte das öffentliche Monitoring und Berichterstattung über die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Klimatransformation gestärkt werden, um Transparenz und Rechenschaft zu fördern.

Trotz bestehender Finanzierungsbeschränkungen im öffentlichen Sektor entwickeln Städte zunehmend innovative Ansätze, um integrierte Finanzierung sicherzustellen. EU-geförderte Projekte stellen dabei eine wichtige [Finanzierungsquelle](#)³⁵ dar – vorausgesetzt, Kommunen können die komplexen Antrags- und Verwaltungsverfahren erfolgreich bewältigen.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass sozial gerechter Klimaschutz mehr erfordert als gut gestaltete kommunale Politiken: Er benötigt die **geeigneten Rahmenbedingungen, durch Regulierung, Finanzierung und Institutionalisierung**. Durch klare Rechtsgrundlagen, Unterstützung von Landes-, Bundes- und EU-Politik und strategische Partnerschaften vor Ort können Kommunen Komplexität besser bewältigen und sicherstellen, dass Klimaschutzmaßnahmen Vorteile für alle bringen. Die Stärkung dieser Rahmenbedingungen ist daher entscheidend, um sozial gerechten Klimaschutz in unterschiedlichen städtischen Kontexten zu verankern, verstetigen und skalieren.

33 ICLEI (2024). Chancengleichheit im Klimaschutz, S. 5.

34 ICLEI (2025).

35 ICLEI (2025).



© Stadt Kaohsiung

Innovative Partnerschaften für soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz

Mehrere Städte zeigen, dass selbst ohne direkte externe Finanzierung durch strategische Kooperationen und Partnerschaften förderliche Bedingungen für sozial gerechten Klimaschutz geschaffen werden können.

In **Malmö (Schweden)** werden Partnerschaften mit der Universität Malmö, gefördert durch die nationale Forschungsagentur FORMAS, genutzt, um ein [stadtteilbasiertes Modell](#)³⁶ für gerechte Klimatransformationen zu entwickeln. Durch die Verknüpfung von Forschung, lokalen Initiativen und sozialen Netzwerken entsteht ein Reallabor-Ansatz, in dem Bedürfnisse und Perspektiven der Gemeinschaft die Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen. Ziel ist es, Emissionen zu reduzieren und gleichzeitig die Lebensqualität in einkommensschwachen Quartieren zu erhöhen, sowie wohlhabendere Stadtteile in den notwendigen Lebensstilwandel einzubeziehen. Ein ökosozialer Ansatz dient dabei als Grundlage, um zu erforschen, wie soziale Maßnahmen Triebkräfte der Klimatransformation sein können. Gerechtigkeitsaspekte werden zudem im lokalen Klimavertrag ([Klimatkontrakt Malmö](#))³⁷ verankert, der auf Partnerschaften mit Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen basiert.

In **Kaohsiung (Chinesisch Taipei)** haben öffentlich-private Partnerschaften die kommunale Handlungsfähigkeit erweitert. In Zusammenarbeit mit dem Unternehmen YouBike startete die Stadt das Programm *Kaohsiung YouBike 2.0*, ein Bike-Sharing-System mit über 13.000 Fahrrädern und 1.500 Stationen bis 2025, verknüpft mit der MeNGo-Mobilitäts-App. Die App nutzt Bürger:innenbeteiligung und gezielte Anreize, um vom privaten Pkw-Nutzen auf nachhaltige Mobilität umzulenken. Zugleich sichern stadtplanerische Audits die Beitragsverpflichtung privater Entwickler:innen für inklusive Mobilitätsinfrastruktur.

In **Eeklo (Belgien)** wird soziale Gerechtigkeit systematisch in kommunale Ausschreibungen und Energieplanungsinitiativen (Wind, Solar, Nahwärme) integriert. Ein Teil der Einnahmen wird in neue Energieprojekte und die Unterstützung der Energiegenossenschaft reinvestiert. Dies umfasst Unterstützung für Sozialarbeiter:innen in der lokalen Bürger:innenarbeit und ermöglicht Haushalten mit niedrigem Einkommen, über Miet-Kauf-Modelle oder Genossenschaftsanteile an der lokalen Energieerzeugung zu partizipieren. Durch die Bündelung kleiner Projekte für kommerzielle Investitionen und Bürger:innen-Crowdfunding werden Einstiegshürden reduziert, lokale Gewinne gesichert und demokratische Teilhabe an der Energiewende geschaffen.

💡 LERNERGEBNISSE: Strategische Kooperationen mit universitären, privaten und zivilgesellschaftlichen Partner:innen können kommunale Kapazitäten erweitern, Ressourcen diversifizieren und soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz verankern.

36 City of Malmö and NetZeroCities. (2023), S. 42-43.

37 Malmö Stad, Website.



© DJ Paine, Unsplash

Fazit und Ausblick: Was Empowerment für sozial gerechten Klimaschutz in Städten bedeutet

Was die fünf INCLU:DE Städte von Beginn an vereinte, war die Offenheit und Neugier, neue Wege zu gehen, um den Aspekten sozialer Gerechtigkeit im eigenen Klimaschutzprogramm mehr Raum zu geben. Zugleich teilten sie die Überzeugung, dass dies das gemeinsame Anliegen stärken würde. Der Prozess war nicht immer nur angenehm: Er beinhaltete, Annahmen zu hinterfragen, zu reflektieren, was sozialer gerechter Klimaschutz in der kommunalen Praxis wirklich bedeutet und in vielen Situationen auch die Bereitschaft, für die Erprobung neuer Ansätze einen Schritt über das Erwartbare hinaus zu gehen. Im Verlauf zeigte sich, dass sozial gerechter Klimaschutz einen Paradigmenwechsel erfordert: weg von einem auf Anreize ausgerichteten Ansatz und hin zu einer *Empowerment*-Logik. Dies bedeutet, diverse Bevölkerungsgruppen aktiv einzubeziehen, Verständnis aufzubauen, wie auch benachteiligte Personen von Klimaschutzmaßnahmen profitieren können, und Möglichkeiten für lokale Gemeinschaften zu schaffen, selbst Verantwortung und Führungsrollen in der Gestaltung lokaler Klimaschutzmaßnahmen zu übernehmen.

Die vielfältigen Beispiele der Projektstädte und ihre Bemühungen, Klimaschutz gerechter und zugänglicher zu gestalten, zeigen, was diese Ansätze auszeichnet: die Überzeugung, Programme wirklich teilhabeorientiert zu gestalten, in enger Zusammenarbeit mit benachteiligten und unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen und auf Grundlage tatsächlicher Bedürfnisse statt von Annahmen oder Stereotypen. Dazu gehört das Bewusstsein, welche Barrieren bestimmte Gruppen vom Mitmachen oder Mitprofitieren abhalten – und der Wille, diese Hindernisse aktiv zu beseitigen. Ebenso gehört dazu die Bereitschaft, diese Ansätze

institutionell zu verankern, Klimaschutz und Gerechtigkeit miteinander zu verbinden und eine Kultur des Lernens und ständigen Verbesserns zu pflegen.

Ein zentraler Erfolgsfaktor dabei ist die **kontinuierliche Zusammenarbeit**. Zusammenarbeit mit Bürger:innen und Gemeinschaften vor Ort, mit technischen und wissenschaftlichen Partner:innen, aber auch zwischen Fachbereichen innerhalb der Kommunalverwaltung, wo Klimaschutz, Wohnen, Gesundheit und Soziales häufig isoliert voneinander agieren. Erstens legt die **Einbindung lokaler Gemeinschaften** den Grundstein für Vertrauen. Sie stellt sicher, dass Klimaschutzmaßnahmen auf die Lebensrealitäten, das Wissen und die Motivationen der Menschen abgestimmt sind. So können Gemeinschaften gestärkt werden und eigenständig Lösungen gestalten, während die Stadt sie beratend und unterstützend begleitet.

Zweitens können bei der Entwicklung konkreter Programme gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um eine **gerechtere Ausgestaltung zu fördern**, etwa durch die Vereinfachung von Antragsverfahren oder die Bereitstellung spezieller Fördermittel für bestimmte soziale oder geografische Zielgruppen. Sozial gerechter Klimaschutz erfordert ein tiefes Verständnis der Alltagsrealitäten und kulturellen Kontexte der Bevölkerung, da diese sowohl die Wahrnehmung von Klimathemen sowie die Art und Weise der Teilhabe prägen. Da Klimaabteilungen oft begrenzte Einblicke in lokale demografische Strukturen und Barrieren benachteiligter Gruppen haben, kann es notwendig sein, einen Schritt zurückzutreten, Grundlagenstudien durchzuführen, mit Sozialabteilungen zusammenzuarbeiten und von Ausgrenzung betroffenen Personen zuzuhören.

Dabei ist es entscheidend, entsprechende Dialogräume zu schaffen und gemeinsam mit lokalen Akteur:innen soziale und sprachliche Hürden zu überwinden. Zwar erfordert dieser Prozess Zeit und Ressourcen, er führt jedoch nicht nur zu einer verbesserten Kommunikation mit den Zielgruppen, sondern eröffnet auch Wege für kontinuierliche Feedbackprozesse und die aktive Beteiligung an der Weiterentwicklung von Programmen.

Drittens ermöglicht die **institutionelle Verankerung von sozial gerechtem Klimaschutz** innerhalb der Verwaltung, dass zukünftige Programme auf bereits gewonnenen Erkenntnissen und etablierten Verfahren aufbauen können. Dafür ist es notwendig, institutionelle Barrieren rechtlicher, administrativer oder finanzieller Art zu erkennen und gezielt abzubauen. Ressortübergreifende Zusammenarbeit und der Aufbau interner Kapazitäten sind dabei entscheidende Hebel, um Abteilungsgrenzen zu überwinden und Synergien zwischen verschiedenen Handlungsfeldern zu nutzen.

Gerade in Zeiten politischer Unsicherheit und finanzieller Engpässe zeigt sich, wie wichtig eine ganzheitliche Perspektive ist. Emissionsreduktion darf nicht isoliert betrachtet werden, denn eine zu enge Sicht auf Klimaschutz kann dessen langfristige Wirkung untergraben. Stattdessen sollte der gesellschaftliche **Mehrwert von Klimaschutzmaßnahmen** betont werden, etwa saubere Luft, sichere öffentliche Räume oder niedrigere Energiekosten. So können Verteilungsgerechtigkeit gestärkt, öffentliche Unterstützung erhöht, sozialer Zusammenhalt gefördert und Investitionen langfristig gerechtfertigt werden. Zentral ist dabei ein klares positives Narrativ, das den Wert klimagerechten Handelns hervorhebt, alle sozialen Gruppen einbezieht und so die demokratische Resilienz sowie die gesamtgesellschaftliche Handlungsfähigkeit in der sozial-ökologischen Transformation stärkt.

Mit Blick in die Zukunft bleibt die finanzielle Situation vieler Städte, in Deutschland wie weltweit, angespannt. Gleichzeitig stagnieren politische Impulse oder werden in vielen Fällen sogar zurückgefahren. Das erschwert es, sozial gerechten Klimaschutz langfristig aufrechtzuerhalten und zu erweitern, wenn es an starken Partner:innen und zusätzlicher Unterstützung fehlt. Daher sind fortlaufende Finanzierung, gezielter Kapazitätsaufbau und eine enge politische Abstimmung zwischen den Ebenen entscheidend, um Kommunen zu befähigen, diesen Weg weiterzugehen. Was die Partner:innen im INCLU:DE-Projekt verbindet, ist eine gemeinsame Vision: Städte gerechter, gesünder und lebenswerter zu gestalten – für und mit den Menschen, die dies am dringendsten benötigen.



© Cloris Chou, Unsplash



Über das Projekt INCLU:DE

[INCLU:DE - Sozial gerechter Klimaschutz vor Ort](#) wird von der Mercator Stiftung gefördert und von ICLEI – Local Governments for Sustainability koordiniert. Das Projekt begleitet kommunale Klimaschutzmaßnahmen und fördert den Dialog und Wissensaustausch, um zu verstehen, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um positive Gerechtigkeitseffekte für die lokale Bevölkerung zu erzielen. Besondere Schwerpunkte liegen auf der fairen und gerechten Verteilung von Ressourcen und einer teilhabeorientierten Ausgestaltung von Förderprogrammen, wobei gleichzeitig sichergestellt wird, dass die Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen (THG) nicht beeinträchtigt werden.

Sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen in den INCLU:DE-Städten

Die Städte Bonn, Dortmund, Essen, Heidelberg und Ludwigsburg beteiligen sich am Projekt INCLU:DE, um Aspekte sozialer Gerechtigkeit stärker in lokale Klimaschutzinitiativen zu integrieren. Diese Initiativen decken unterschiedliche Themenfelder ab, wie beispielsweise Energie, Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung. Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Vorreiter-Städten für sozial gerechten und gemeinschaftlich ausgerichteten Klimaschutz werden bewährte Verfahren und innovative Ansätze identifiziert und verbreitet, um eine weitreichende Umsetzung in anderen Städten zu fördern.



Weitere Informationen sind auf der [INCLU:DE-Website](#) verfügbar.

Soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz verankern: Die INCLU:DE-Städteprofile

Die folgenden Profile zeigen, wie die fünf deutschen Städte Bonn, Dortmund, Essen, Heidelberg und Ludwigsburg den Klimaschutz durch die Brille sozialer Gerechtigkeit neu denken.

Als Teilnehmende des INCLU:DE-Projekts haben diese Kommunen vielfältige Klimaschutzmaßnahmen entwickelt, die von Solarenergie-Programmen und Klimavierteln bis hin zu nachhaltigen Mobilitätsinitiativen reichen. Jedes Profil beschreibt die konkreten Schritte, die unternommen wurden, sowie die unterstützenden Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen von diesen Initiativen profitieren. Zudem wird dargestellt, wie Aspekte sozialer Gerechtigkeit zukünftig systematisch in die übergeordneten kommunalen Strukturen und Arbeitsprozesse integriert werden können. Diese Erfahrungswerte verdeutlichen, wie Städte Prinzipien sozialer Gerechtigkeit in ihre Klimapolitik einbetten können, um sicherzustellen, dass der Übergang zur Klimaneutralität allen Menschen zugute kommt und langfristige institutionelle Veränderungen bewirkt.



© Giacomo Zucca, Bundesstadt Bonn

Im März 2023 verabschiedete die Stadt Bonn ihren „Klimaplan 2035“, der auf die gemeinsamen Bemühungen von Kommune, Bürger:innenschaft und Wirtschaft abzielt, um Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Eine zentrale Komponente dieses Plans ist die Entwicklung von vier Klimavierteln, die Klimaschutz und einen nachhaltigen Lebensstil durch Raum für Innovation, Vernetzung, Beratung und Bildung fördern soll. Jedes Klimaviertel verfügt über einen physischen Treffpunkt als zentrale Anlaufstelle, der eng mit bestehenden Strukturen verbunden ist und in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen betrieben wird. Das erste Klimaviertel in Beuel-Mitte wird gemeinsam mit einem Konsortium rund um das Kulturzentrum Brotfabrik umgesetzt, während das zweite in Godesberg-Nord Synergien des dortigen Quartiersmanagements nutzt. Zwei weitere Standorte – in Hardtberg und Bonn-Zentrum – wurden im Juni 2024 genehmigt. Dieses wachsende Programm verdeutlicht Bonns Engagement für sozial gerechte Klimapolitik, indem es sicherstellt, dass Klimaschutzinitiativen für verschiedene Bevölkerungsgruppen zugänglich sind. Jedes Klimaviertel dient als Katalysator für einen gemeinschaftlich getragenen Klimaschutz, der lokale Bedürfnisse aufgreift und bestehende Strukturen miteinander vernetzt – von Nachbarschaftsinitiativen über Vereine bis hin zu Einzelpersonen. So entsteht ein Netzwerk, das Klimaschutz demokratisiert und Teilhabe unabhängig von sozialem Hintergrund oder bisherigen Umwelterfahrungen ermöglicht. Mitte 2024 wurde eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die die strategische Koordination übernimmt und für den Wissensaustausch zwischen den Quartieren sorgt, um erfolgreiche Ansätze in weitere Bereiche der Stadt übertragen zu können.

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen des INCLU:DE-Projekts hat Bonn mehrere Maßnahmen umgesetzt, um soziale Gerechtigkeitsaspekte systematisch in die Gestaltung und Umsetzung der Klimaviertel zu integrieren:

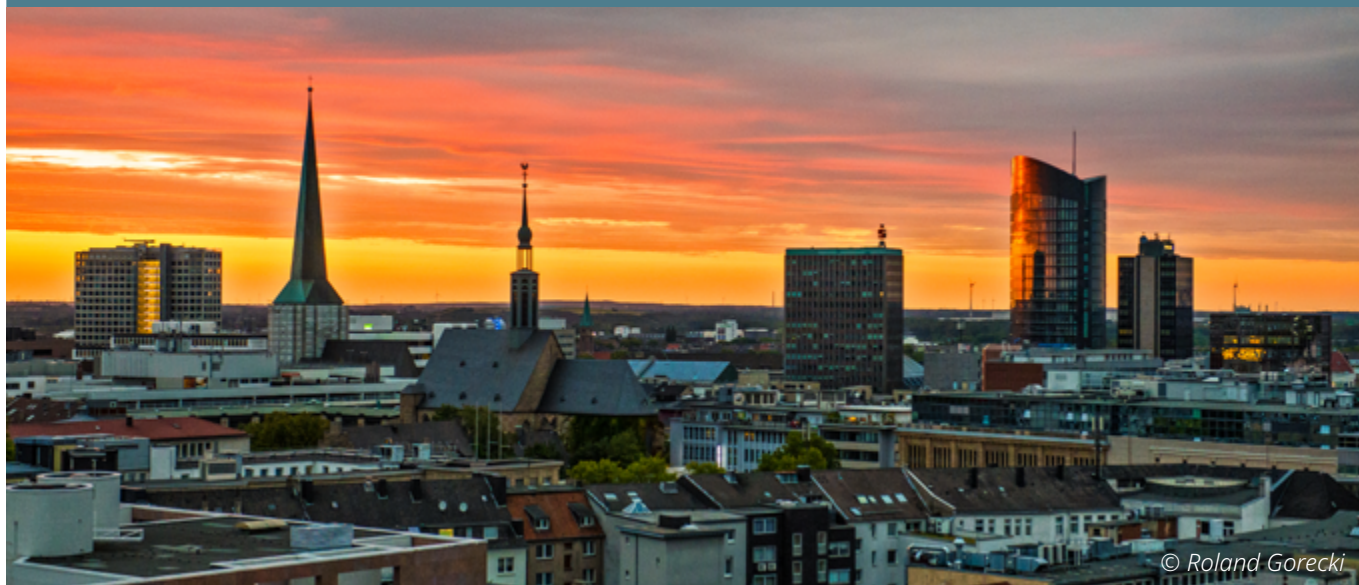
- **Fachliche Unterstützung bei Pilotprojekt-Konzepten:** ICLEI lieferte eine externe Beratung unter Anwendung des Rahmenwerks für soziale Gerechtigkeit, um die Pilotprojekte durch eine „soziale Gerechtigkeitsbrille“ zu prüfen. Diese inhaltliche Unterstützung führte zu konkreten Verbesserungen und erfolgreichen Umsetzung der Projektkonzepte. Dieses Beispiel verdeutlicht den praktischen Mehrwert externer Expertise zur Verbesserung der Zugänglichkeit und Wirksamkeit kommunaler Klimaschutzprogramme.

- **Workshop zu sozialer Gerechtigkeit:** Ein umfassender Workshop wurde mit der oben genannten Steuerungsgruppe durchgeführt, die für die Koordination der Klimaviertel verantwortlich ist. Ziel war es, interne Kompetenzen im Bereich sozial gerechter Entscheidungsprozesse und Programmgestaltung zu stärken.
- **Austausch mit Partnerstädten:** Regelmäßige Austauschformate zwischen dem Kernteam der Stadt Bonn und internationalen Partnerstädten, darunter Rosario, Argentinien, fördern den Wissenstransfer und ermöglichen den Vergleich mit ähnlichen Initiativen in anderen Kontexten. So fließen globale Perspektiven in Bonns lokale Strategie für inklusive Klimapolitik ein.
- **Kampagne Balkon-PV im Klimaviertel:** Im Klimaviertel Medinghoven soll der lokalen Bevölkerung, insbesondere Haushalten mit geringem Einkommen, der Zugang zu Balkon-Photovoltaikanlagen erleichtert werden. Durch ein niedrighschwelliges Gesamtpaket aus Beratung, Unterstützung bei Genehmigungen und gemeinschaftlichen Installationsworkshops werden finanzielle und organisatorische Hürden abgebaut und die aktive Teilhabe an der Energiewende gestärkt. Das Projekt dient als Modellansatz, der bei Erfolg auf weitere Quartiere ausgeweitet und dauerhaft in die quartiersbezogene Klimaarbeit integriert werden kann.

KOMMUNALE VERSTETIGUNGSMASSNAHMEN

Bonn entwickelt derzeit systematische Ansätze, um soziale Gerechtigkeit als festen Bestandteil seiner kommunalen Klimapolitik zu verankern. Geplant ist die Einführung eines neuen Profils mit dem Titel „Soziale Gerechtigkeit & Partizipation“ im Arbeitsprogramm zur Umsetzung des Klimaplanes. Dieses Profil umfasst zwei zentrale Umsetzungsmaßnahmen:

- **Fortbildungsreihe für Mitarbeitende:** Eine Workshop-Reihe für städtische Beschäftigte wird entwickelt, um Kompetenzen im Bereich sozial gerechter Klimaschutz zu stärken. Dabei werden sowohl grundlegende Prinzipien als auch praxisnahe Anwendungsbeispiele vermittelt, um sicherzustellen, dass Aspekte sozialer Gerechtigkeit künftig in allen klimarelevanten Projekten berücksichtigt werden.
- **Checkliste für soziale Gerechtigkeit:** Eine umfassende Checkliste wird erarbeitet, um soziale Gerechtigkeitsaspekte systematisch in alle Handlungsfelder des Klimaplanes zu integrieren. Sie bietet themenspezifische Leitlinien und sorgt für eine einheitliche und verbindliche Anwendung sozialer Kriterien in sämtlichen Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Bonn.



© Roland Gorecki

Im Jahr 2021 startete die Stadt Dortmund ihr „Sofortprogramm Klima“ als Teil des umfassenderen Aktionsprogramms Klima-Luft 2030, das zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität bis 2035 beitragen soll. Ein zentraler Bestandteil war die Einführung eines Förderprogramms für steckerfertige Balkon-Solaranlagen, das darauf abzielt, Mieter:innen in Mehrfamilienhäusern aktiv in den Klimaschutz und die saubere Energieversorgung einzubeziehen. Für dieses Förderprogramm, das im November 2023 startete, stellte die Stadt 200.000 € bereit. Es bietet finanzielle Anreize und Beratungsangebote, um insbesondere einkommensschwachen Haushalten die Teilnahme an der Energiewende zu erleichtern. Bürger:innen konnten Zuschüsse für einfache (400 W) oder doppelte Anlagen (800 W) beantragen, die ausreichend Energie für Standby-Geräte oder stromintensive Geräte wie Haartrockner liefern. Das Programm folgt dabei einer gestaffelten Förderstruktur. Während Standard-Antragsteller:innen 50 % der Kosten (max. 500 €) erstattet bekommen, können Beziehende von Sozialleistungen bis zu 95 % der Kosten geltend machen.

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen des INCLU:DE Projekts hat Dortmund umfassende Maßnahmen entwickelt, um das Förderprogramm gerechter und inklusiver zu gestalten. Der Fokus lag dabei auf der Optimierung der Förderstrukturen und der Verbesserung der Kommunikationsstrategien für einkommensschwache Haushalte:

- **Barrierefreiheit:** Die Stadt ergänzte das Antragsformular um einen Fragebogen, mit dem die Teilnehmenden ihre Erfahrungen zur Programmkommunikation und zum Zugang zu relevanten Informationen bewerten können. Zudem wurde die Website mithilfe eines automatisierten Übersetzungs-Plugins in 13 Sprachen übersetzt – darunter Englisch, Türkisch, Ukrainisch, Bulgarisch und Chinesisch.
- **Einsatz von verständlicher Sprache:** Da Sprachbarrieren ein zentrales Hindernis darstellen, führte Dortmund eine Machbarkeitsstudie zur Einführung *einfacher Sprache* als bürgernahe Verwaltungssprache für Websites und Antragsdokumente durch. Mitarbeitende nahmen an internen Workshops zur „bürgerorientierten Verwaltungssprache“ teil, um die Kommunikation mit Personen zu verbessern, die Schwierigkeiten mit komplexer Verwaltungsterminologie haben.

- **Baseline-Studie:** In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Dortmund wird eine umfassende Grundlagenstudie erarbeitet, um praxisnahe Kriterien für zukünftige Förderprogramme zu entwickeln und die allgemeinen Erkenntnisse aus INCLU:DE auf den Dortmunder Kontext zu übertragen. Diese Analyse untersucht demografische Strukturen, spezifische Bedürfnisse und Möglichkeiten zur besseren Ansprache bislang unterrepräsentierter Gruppen.

KOMMUNALE VERSTÄRKUNGSMASSNAHMEN

Dortmund verfolgt einen systematischen Ansatz, um Gerechtigkeitsaspekte dauerhaft in die kommunalen Abläufe zu integrieren und institutionelles Lernen zu fördern:

- **Systematische Integration:** Die Stadt entwickelt eine umfassende Checkliste für Förderprogramme, mit der sichergestellt werden soll, dass soziale Gerechtigkeitskriterien künftig in allen städtischen Förderprogrammen systematisch berücksichtigt werden. Dieses Instrument schafft institutionelle Beständigkeit bei der Anwendung von Gleichstellungsprinzipien über verschiedene Abteilungen hinweg und erleichtert neuen Mitarbeitenden den Zugang zu relevanten Informationen.
- **Einbindung des Klimabeirats:** Geplant ist ein Workshop zum Thema soziale Gerechtigkeit mit dem Klimabeirat der Stadt Dortmund, um sicherzustellen, dass Gleichstellungsaspekte in den politischen Diskurs und die Entscheidungsprozesse zu Klimathemen einfließen.
- **Politische Integration:** Darüber hinaus beabsichtigt die Stadt, die Projektergebnisse auf politischer Ebene im Stadtrat einzubringen, sodass die gewonnenen Erkenntnisse die zukünftige Klimapolitik und damit verbundene Ressourcenverteilung auf kommunaler Ebene beeinflussen.

Die Erfahrungen der Stadt Dortmund zeigen, dass sinnstiftende Teilhabe an der Energiewende mehr erfordert als lediglich finanzielle Anreize. Eine wirkungsvolle Ansprache, vereinfachte Verwaltungsverfahren und gezielte Unterstützung für unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen sind wesentliche Bestandteile einer sozial gerechten Klimapolitik.



© Johannes Kassenberg

Die Stadt Essen entwickelt derzeit ihren „Mobilitätsplan 2035“ mit dem ehrgeizigen Ziel, den Modal Split der Stadt grundlegend zu verändern und die Abhängigkeit vom privaten Pkw deutlich zu verringern. Bis 2035 sollen 75 % aller Wege mit nachhaltigen Verkehrsmitteln – also öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß – zurückgelegt werden. Als Teil dieses Transformationsprozesses hat Essen ein umfassendes Lastenradprogramm eingeführt, das zwei sich ergänzende Komponenten umfasst: Zum einen ein kommunales Förderprogramm, das Bürger:innen Zuschüsse von bis zu 800 € oder 20 % der Anschaffungskosten für Lastenräder und Fahrradanhänger bietet, zum anderen ein stadtweites öffentliches Lastenrad-Sharing-System, das in Kürze starten soll. Der Fokus liegt auf der sozial gerechten Ausgestaltung der neuen Förderrichtlinien für Lastenräder, kombiniert mit gezielten Kommunikationsstrategien, um die Reichweite und Wirksamkeit des Programms zu erhöhen. Ein zentrales Anliegen ist dabei die Entwicklung geeigneter Evaluationsmechanismen, die den Zugang und die Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen erfassen. Essen erkennt an, dass eine nachhaltige Mobilitätswende nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie inklusiv gestaltet wird. Wirtschaftliche Hürden dürfen niemanden davon abhalten, klimafreundliche Mobilitätsalternativen zu nutzen. Das Lastenradprogramm stellt somit eine praxisnahe Lösung für Familien und Einzelpersonen dar, die nach Alternativen zum Auto suchen und zugleich logistische Herausforderungen des städtischen Alltags bewältigen müssen.

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen des INCLU:DE-Projekts hat Essen verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um die soziale Gerechtigkeit seines Lastenradprogramms zu stärken:

- **Forschung zur Weiterentwicklung der Förderrichtlinien:** Zur Verbesserung der Richtlinien führte ICLEI für die Stadt eine umfassende Recherche durch, die Erfahrungen anderer deutscher Städte – wie Duisburg und Düsseldorf – sowie internationaler Vorreiter wie Grenoble und Medellín einbezog. Ziel war es, Best-Practice-Modelle für einkommensabhängige Förderstrukturen und inklusive Programmdesigns zu identifizieren.
- **Überarbeitung der Förderkriterien:** Die Stadt führte eine umfassende Revision der Förderrichtlinien mit klarem Fokus auf soziale Gerechtigkeit durch. Wichtige Neuerungen sind die Einführung von

Familien- und Sozialboni, die Empfänger:innen von Sozialleistungen Zuschüsse von bis zu 1.200 € ermöglichen. Gleichzeitig wurde der Antragsprozess vollständig digitalisiert, um bürokratische Hürden zu verringern und die Zugänglichkeit für alle Antragstellenden zu verbessern.

- **Strategische Kommunikation:** Die Stadt entwickelte gezielte Kommunikationsstrategien, um neue Zielgruppen zu erreichen. Informationsmaterialien werden über Kitas, Schulen und öffentliche Veranstaltungen verbreitet, um insbesondere Familien und Gemeindemitglieder zu erreichen, die über klassische städtische Kommunikationswege schwer erreichbar sind.
- **Befragung der Öffentlichkeit:** Zur Bedarfsermittlung und Evaluation führte Essen Umfragen durch, um quantitative und qualitative Daten zu sammeln. Diese erfassten Motivation, Teilnahmebarrieren und Wahrnehmungen der Bevölkerung in Bezug auf Lastenräder – insbesondere in unterschiedlichen demografischen Gruppen.

KOMMUNALE VERSTÄRKUNGSMASSNAHMEN

Zur langfristigen Verbesserung von Programmszugang und Bürgerbeteiligung entwickelt Essen derzeit systematische Ansätze, die künftig umgesetzt werden sollen:

- **Verbesserung des Informationszugangs:** Die Stadt plant, Wissen aus verschiedenen kommunalen Angeboten zu bündeln und Synergien zwischen bestehenden Programmen zu schaffen. Gleichzeitig sollen mehrsprachige Informationen an strategischen Orten in der Stadt bereitgestellt werden, um Sprachbarrieren beim Zugang zu Fördermöglichkeiten abzubauen.
- **Niedrigschwellige Bürger:innenberatung:** Künftig sollen mobile Beratungsstellen (One-Stop-Shops) in den Stadtteilen eingesetzt werden, um Informationen und Unterstützung direkt an potenzielle Nutzer:innen zu richten, anstatt sie durch komplexe Verwaltungsprozesse zu leiten.
- **Sichtbarkeit durch Multiplikator:innen:** Die Förderprogramme sollen über vertrauenswürdige Multiplikator:innen aus der Zivilgesellschaft und dem Quartiersmanagement sichtbar gemacht werden. Durch diese Kooperationen können bestehende soziale Netzwerke aktiviert und Schneeballeffekte erzeugt werden, die das Bewusstsein für das Programm in der Stadtgesellschaft verbreiten.



Im Rahmen des INCLU:DE-Projekts konzentriert sich die Stadt Heidelberg darauf, einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu ihrem Förderprogramm für Balkon-Solaranlagen, als Teil des übergeordneten Förderprogramms "Rationelle Energieverwendung", zu erleichtern. Die Initiative richtete sich gezielt an den Stadtteil Hasenleiser, der im Vergleich zu anderen Stadtgebieten durch eine hohe Arbeitslosenquote sowie einen überdurchschnittlichen Anteil an Bewohner:innen mit geringerem sozioökonomischem Status und Migrationshintergrund gekennzeichnet ist. Das Viertel besteht überwiegend aus Mehrfamilienhäusern aus den 1970er-Jahren, die seither nur geringfügig saniert wurden. Der Stadtteil weist ein erhebliches Energieeinsparpotenzial auf – mit möglichen CO₂-Einsparungen von bis zu 96 % durch den Einsatz von Solarmodulen, Fernwärme und Gebäudesanierung. Im Rahmen des Förderprogramms "Rationelle Energieverwendung" zahlen Inhaber:innen der Heidelberg-Card für Balkon-Solaranlagen lediglich 50 €, müssen die Anschaffungskosten jedoch zunächst selbst tragen und auf die Erstattungsbeurteilung warten. Diese Vorauszahlungen stellen für viele einkommensschwache Haushalte eine finanzielle Hürde dar.

Heidelbergs Ansatz zielt daher auf die sozial gerechte Gestaltung und zielgruppenorientierte Kommunikation des Förderprogramms im Hasenleiser ab. Neben finanziellen Barrieren identifiziert die Stadt weitere Herausforderungen, wie ein geringes Bewusstsein für Balkon-Solartechnologien, ein mangelndes Verständnis für Förderprogramme, niedrige Antragsquoten bei berechtigten Haushalten mit Heidelberg-Card sowie die Notwendigkeit einer schriftlichen Zustimmung der Vermieter:innen. Die Nachbarschafts-orientierte Strategie erkennt an, dass wirksamer Klimaschutz ökonomische, kulturelle und bildungsbezogene Aspekte gleichzeitig mitdenken muss, damit technische Lösungen zugänglich und relevant für vielfältige Bevölkerungsgruppen sind.

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen des INCLU:DE-Projekts hat Heidelberg umfassende Maßnahmen entwickelt, um den Zugang dem Programm zu verbessern und die Beteiligung der Einwohner:innen im Hasenleiser zu fördern:

- **Demonstrationmodule:** Um Photovoltaik, Balkon-Solaranlagen und Fördermöglichkeiten greifbarer zu machen, installiert die Stadt Demonstrationsmodule an öffentlichen und stark frequentierten

Orten. Diese sichtbaren Beispiele helfen den Anwohnenden, die Funktionsweise und Vorteile der Solar-Technologie zu verstehen und tragen dazu bei, Solarenergie im Stadtteilbild zu normalisieren.

- **Integration in Veranstaltungen:** Heidelberg nutzt bestehende Veranstaltungen im Stadtteil, wie etwa das *HalliGalli-Fest*, um die Bewohner:innen in vertrauter Umgebung anzusprechen. So werden separate Informationsveranstaltungen vermieden, die das Zielpublikum möglicherweise nicht erreichen.
- **Einbindung lokaler Multiplikator:innen:** Die Stadt befragte lokale Schlüsselakteure, insbesondere den Hasenleiser-Beirat, um geeignete nächste Schritte und Maßnahmen für die Zielgruppe zu identifizieren. Dieser Ansatz baut auf bestehende Vertrauensstrukturen auf und stellt sicher, dass die Kommunikationsstrategien auf lokalem Wissen und Netzwerken beruhen.
- **Verständliche Kommunikation:** Neue Informationsflyer erklären die Funktionsweise und Vorteile von Balkon-Solaranlagen in einfacher Sprache, die technische Fachbegriffe vermeiden und das Verständnis erleichtern. Eine begleitende Kommunikationskampagne ist geplant, um die Informationen systematisch im gesamten Stadtteil zu verbreiten.

KOMMUNALE VERSTÄRKUNGSMASSNAHMEN

Heidelberg entwickelt derzeit systematische Ansätze, um die Gestaltung zukünftiger Förderprogramme und die Bürger:innenbeteiligung weiter zu verbessern:

- **Synergien nutzen:** Die Stadt plant, verschiedene Förderprogramme gemeinsam zu bewerben und gebündelte Informationspakete zu erstellen, die mehrere Bedarfssfelder von Haushalten gleichzeitig abdecken, anstatt einzelne Programme isoliert zu bewerben.
- **Leitlinien für Förderprogramme:** Heidelberg beabsichtigt, interne Leitlinien zur Entwicklung zukünftiger Förderprogramme zu erarbeiten. Diese sollen unter anderem die Empfehlung enthalten, Vorauszahlungen für Antragstellende abzuschaffen. Das Sozialamt wird dabei beratend eingebunden, um wirksame Strategien zur Ansprache und Einbindung der Zielgruppen zu entwickeln. Die Empfehlungen sollen perspektivisch auch in politische Entscheidungsprozesse einfließen.
- **Stärkere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft:** Die Stadt plant eine engere Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Einrichtungen. Dazu gehört der Aufbau von Kontaktlisten über relevante Akteure, die bereits in frühen Phasen zukünftiger Förderprogramme einbezogen werden sollen, um Gemeinschaftsperspektiven in die Programmentwicklung einfließen zu lassen.
- **Öffentliche Infrastruktur:** Heidelberg plant die Installation von Sitzbänken mit integrierten Demonstrations-Solarmodulen und Informationsdisplays. Diese sollen als dauerhafte Bildungsinfrastruktur dienen, Solarenergie sichtbar machen und kontinuierliche Informationsangebote für die Nachbarschaft schaffen.



Im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) und der Leipzig-Charta engagiert sich die Stadt Ludwigsburg für die Reduktion von CO₂-Emissionen und die Energiewende mit dem Ziel, bis 2035 die Klimaneutralität zu erreichen. Im Rahmen ihrer Klimaschutzmaßnahmen startete Ludwigsburg 2022 das KlimaBonus-Programm, das Fördermittel in Höhe von 350.000 € für klimafreundliches Wohnen bereitstellt. Das Programm richtet sich sowohl an Eigentümer:innen als auch an Mieter:innen und bezieht ausdrücklich die Bedürfnisse von Sozialleistungsbeziehenden mit ein. Im Rahmen von INCLU:DE konzentrierte sich Ludwigsburg auf zwei Mieter-orientierte Maßnahmen: die Förderung von steckerfertigen Balkon-Solaranlagen sowie die Erneuerung energieineffizienter Kühlgeräte. Sozialleistungsbeziehende konnten dabei einen Zuschuss von bis zu 100 € für den Austausch alter Kühlsysteme erhalten, während andere Mieter:innen bis zu 300 € Zuschuss für Solarmodule beantragen konnten.

Der Ansatz Ludwigsburgs zielte auf die sozial gerechte Ausgestaltung des kommunalen Förderprogramms „KlimaBonus“ und beinhaltete ein innovatives Servicekonzept für Balkon-Solaranlagen. Für Inhaber:innen der Ludwigsburg-Card (LB-Card) – einer Karte, die einkommensschwachen Einwohner:innen stadtweite Ermäßigungen in Bildungs- und Kultureinrichtungen bietet – wurde die Förderung als umfassendes „Rundum-Sorglos-Paket“ umgesetzt. Interessierte mussten lediglich ihr Interesse bekunden; die Stadt übernahm anschließend die komplette Koordination von Kauf bis zur Installation des Geräts. Das Paket umfasste sämtliche Liefer- und Installationskosten in Höhe von insgesamt 1.450 €, sodass das Gerät für die Antragstellenden vollständig kostenfrei war. Dieses Modell beseitigte sowohl finanzielle als auch bürokratische Hürden, die häufig die Teilnahme vulnerabler Haushalte an Klimaschutzmaßnahmen verhindern.

UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Im Rahmen von INCLU:DE hat Ludwigsburg umfangreiche Maßnahmen entwickelt, um den Zugang zum Programm zu erleichtern und die Beteiligung in der Bevölkerung zu fördern:

- **Entwicklung barrierearmer Kommunikationsmaterialien:** Die Stadt gestaltete neue Informationsflyer und aktualisierte ihre Website in einfacher Sprache. Die Materialien wurden in

Zusammenarbeit mit ICLEI und dem Integrationsrat der Stadt entwickelt, um sicherzustellen, dass sie für vielfältige Bevölkerungsgruppen und nicht-deutschsprachige Personen verständlich sind.

- **Zusammenarbeit mit lokalen Multiplikator:innen:** Durch strategische Planung und die Einbindung lokaler Kooperationspartner:innen wird das Programm beispielsweise bei Solarberatungen und anderen Veranstaltungen beworben. Auf diese Weise nutzt die Stadt bestehende Vertrauensnetzwerke in der Gemeinschaft, um Haushalte zu erreichen, die über herkömmliche städtische Kommunikationskanäle schwer zugänglich sind.
- **Gezielte Ansprachestrategien:** Die Stadt führte eine direkte Kontaktaufnahme per E-Mail an LB-Card-Inhaber:innen durch und integrierte das Förderangebot in das LB-Card-Gutscheinheft. So erhalten einkommensschwache Haushalte Informationen über Kanäle, die sie bereits aktiv nutzen. Für Frühjahr 2026 ist zusätzlich eine Werbekampagne im öffentlichen Nahverkehr geplant, die auf den ICLEI-Leitlinien für zielgruppenorientierte Kommunikation basiert.

KOMMUNALE VERSTÄRKUNGSMASSNAHMEN

Ludwigsburg entwickelt derzeit systematische Ansätze, um soziale Gerechtigkeitsaspekte dauerhaft in die kommunale Planung und Politik zu integrieren:

- **Einbindung in die Stadtentwicklung:** Die Stadt plant, die Erkenntnisse aus INCLU:DE zu nutzen, um sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen im Stadtentwicklungskonzept zu verankern. Dabei sollen gesellschaftlicher Zusammenhalt und Klimaneutralität als sich gegenseitig verstärkende kommunale Ziele definiert werden, statt als konkurrierende Prioritäten.
- **Erfahrungsberichte aus der Bevölkerung:** Künftig sollen Erfahrungsberichte von LB-Card-Nutzenden, die bereits Balkon-Solarmodule erhalten haben, in der Öffentlichkeitsarbeit präsentiert werden.
- **Erweiterte Multiplikator:innenarbeit:** Die Stadt wird ihre Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen intensivieren – etwa durch Solarpartys oder Informationsveranstaltungen für lokale Partner – um das Wissen und die Reichweite vertrauenswürdiger Akteure zu stärken.
- **Politische Integration:** Ludwigsburg plant, diesen INCLU:DE-Leitfaden als offiziellen Bericht dem Gemeinderat vorzulegen, damit die Projekterkenntnisse in die kommunale Klimapolitik und Ressourcenplanung einfließen und eine institutionelle Verankerung von Prinzipien inklusiver Klimapolitik erfolgt.

Liste der Fallstudien und Links

1. Umfassendes Praxisbeispiel: Strategische Stärkung sozialer Gerechtigkeit im gemeinschaftlichen Klimaschutz durch lokale Beteiligungsräume.

Stadt Bonn, Deutschland | **S. 9** →

- ➔ Bonn's Klimaviertel-Initiative: <https://www.bonn.de/themen-entdecken/klima/klimaplan/klimaviertel.php?form=translationDisclaimer-MTUxMjYyMg&action=submit#translationDisclaimer-MTUxMjYyMg>

2. Datengestützte Ansätze zur Ermittlung der Bedürfnisse lokaler Bevölkerungsgruppen.

Stadt Dortmund, Deutschland • Stadt Essen, Deutschland • Stadt San José, USA | **S. 14** →

- ➔ Essen's Lastenrad Förderprogramm: <https://www.essen.de/leben/umwelt/nachhaltigkeit/lastenradfoerderung.de.html>
- ➔ Dortmund's GRUND:KLIMA Projekt: <https://www.fh-dortmund.de/microsite/nachhaltigkeit/forschung/projekt-grund-klima.php?loc=en-US>
- ➔ Kalifornien's Messinstrument CalEnviroScreen: <https://oehha.ca.gov/calenviroscreen>
- ➔ San José's Zero Emissions Neighborhood Program: <https://www.sanjoseca.gov/your-government/departments-offices/energy/climate-smart-san-jose/zero-emissions-neighborhood-zen-pilot>

3. Teilhabeorientierte Kommunikationskampagnen für lokale Klimaschutzprogramme.

Stadt Heidelberg, Deutschland • Stadt Ludwigsburg, Deutschland | **S. 17** →

4. Ermöglichung von Teilhabe durch gemeinschaftliches Engagement im Stadtteil Hasenleiser.

Stadt Heidelberg, Deutschland | **S. 18** →

- ➔ Heidelberg's Förderprogramm Rationelle Energieverwendung: <https://www.heidelberg.de/HD/Leben/Foerderprogramm+Rationelle+Energieverwendung.html>

5. Stärkung lokaler Stimmen in der Klimapolitik.

Stadt Bristol, Vereinigtes Königreich | **S. 21** →

- ➔ Bristol Climate and Nature Partnership, Community Climate Action Projekt: <https://bristolclimatenature.org/projects/community-climate-action/>
- ➔ Bristol Climate and Nature Partnership, Community Climate and Nature Action Model: <https://bristolclimatenature.org/wp-content/uploads/2025/06/295-BCNP-CCA-Project-Model-Narrative-WEB.pdf>
- ➔ Bristol Climate and Nature Partnership, Community Leadership Panel: <https://bristolclimatenature.org/projects/community-climate-action/community-leadership-panel/>



6. Gemeinschaftliche Konzeption und Gestaltung des Austin Climate Equity Plan.

Stadt Austin, USA | **S. 26** →

- ➔ Klimagerechtigkeits-Plan der Stadt Austin: <https://www.austintexas.gov/page/austin-climate-equity-plan>

7. Bürgerschaftlich getragene Solarenergienutzung in Bonn durch Balkonscouts.

Stadt Bonn, Deutschland | **S. 29** →

- ➔ Bonn's Klimaplan 2035: <https://www.bonn.de/themen-entdecken/klima/klimaplan/bonn-klimaneutral-2035.php?loc=en#;~:text=To%20become%20climate%2Dneutral%20in,of%2093%25%20compared%20to%202020>
- ➔ Bonn als Balkonkraftwerk-Hauptstadt: <https://www.bonn.de/pressemitteilungen/september-2024/klimaschutz-und-soziale-gerechtigkeit-balkonkraftwerke-sind-in-bonn-beliebt.php>
- ➔ Bonn's Balconscout Training: <https://www.bonn.de/pressemitteilungen/januar/solarausbau-jetzt-balkonscout-fuer-die-nachbarschaft-werden.php?loc=en>

8. Überarbeitung der Förderrichtlinie, um die Wirksamkeit finanzieller Unterstützung zu verbessern.

Stadt Essen, Deutschland | **S. 30** →

- ➔ Essen's Lastenrad-Förderprogramm: <https://www.essen.de/leben/umwelt/nachhaltigkeit/lastenradfoerderung.de.html>

9. Gelebte Erfahrung im Mittelpunkt der Gestaltung von Klimaschutzprogrammen.

Stadt San José, USA | **S. 32** →

10. Innovative Gestaltung kommunaler Prozesse zur Umsetzungscoordination.

Stadt Ludwigsburg, Deutschland | **S. 33** →

11. Gemeinschaftlich getragene Programme zur Bekämpfung von Energiearmut.

Gemeinde Lumiar, Lissabon, Portugal | **S. 35** →

- ➔ Energy Poverty Advisory Hub (EPAH) der Europäischen Kommission: <https://energy-poverty.ec.europa.eu/>
- ➔ Bürger:innengetragene Initiative für erneuerbare Energien in Telheiras/Lumiar: <https://fireflyenergylab.com/research/publications/107>

12. Projektergebnisse als Hebel für politische Unterstützung.

Stadt Dortmund, Deutschland • Stadt Ludwigsburg, Deutschland | **S. 41** →

13. Ressortübergreifende Zusammenarbeit für eine gerechte Transformation.

Stadt Malmö, Schweden | **S. 44** →

- ➔ Malmö's Climate Transition Team: https://viablecities.se/wp-content/uploads/2023/11/Climate_City_Contract_2030_ENG_Malmo.pdf
- ➔ Das Malmö Commitment: <https://malmo-commitment.org/>

14. Interne Kapazitätsentwicklung für sozial gerechten Klimaschutz.

Stadt Bonn, Deutschland • Stadt Dortmund, Deutschland | S. 45 →

15. Zusammenarbeit mit lokal verankerten Multiplikator:innen.

Stadt Bonn, Deutschland • Stadt Heidelberg, Deutschland | S. 47 →

16. Innovative Partnerschaften für soziale Gerechtigkeit im Klimaschutz.

Stadt Malmö, Schweden • Stadt Kaohsiung, Taiwan/Chinesisch Taipei • Stadt Eeklo, Belgien | S. 49 →

➔ **Malmö's 2030 Climate Neutrality Action Plan:** https://netzerocities.app/_content/files/knowledge/4189/malmo_nzc_ccc_ok.pdf

➔ **Malmö's Klimavertrag:** <https://malmo.se/Miljo-och-klimat/Klimatkontrakt-Malmo.html>



Literaturhinweise

- Adaptation AGORA (2024). Tackling Urban Heat Vulnerability: Key Insights from Malmö and Valencia (English).
<https://adaptationagora.eu/tackling-urban-heat-vulnerability-key-insights-from-malmo-and-valencia/>
- Alliance for Healthier Communities (2021). Inclusive and Empathetic Language Use Guidelines (English). Toronto.
<https://www.cityofboise.org/media/12897/optional-readings-week-1.pdf>
- Bristol Climate & Nature Partnership, Website. Community Climate Action (English).
<https://bristolclimatenature.org/projects/community-climate-action/>
- Bristol Climate & Nature Partnership, Website. Community Leadership Panel (English).
<https://bristolclimatenature.org/projects/community-climate-action/community-leadership-panel/>
- Bristol Climate & Nature Partnership (2025). Community Climate and Nature Action Model (English).
<https://bristolclimatenature.org/wp-content/uploads/2025/06/295-BCNP-CCA-Project-Model-Narrative-WEB.pdf>
- Bundesstadt Bonn (2024). Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit: Balkonkraftwerke sind in Bonn beliebt.
<https://www.bonn.de/pressemitteilungen/september-2024/klimaschutz-und-soziale-gerechtigkeit-balkonkraftwerke-sind-in-bonn-beliebt.php>
- Bundesstadt Bonn (2025). Solarausbau: Jetzt Balkonscout für die Nachbarschaft werden!
<https://www.bonn.de/pressemitteilungen/januar/solarausbau-jetzt-balkonscout-fuer-die-nachbarschaft-werden.php?loc=de>
- Bundesstadt Bonn, Website. Bonn klimaneutral bis 2035.
<https://www.bonn.de/themen-entdecken/klima/klimaplan/bonn-klimaneutral-2035.php?loc=de>
- Bundesstadt Bonn, Website. Klimaviertel.
<https://www.bonn.de/themen-entdecken/klima/klimaplan/klimaviertel.php?loc=de>
- Circular Turku (2021). Circular Turku: A Roadmap Toward Resource Wisdom (English).
https://circulars.iclei.org/wp-content/uploads/2021/11/Circular-Turku-Roadmap_final_comp.pdf
- City of Malmö and NetZeroCities (2023). 2030 Climate Neutrality Action Plan of Malmö (English).
https://netzerocities.app/_content/files/knowledge/4189/malmo_nzc_ccc_ok.pdf
- City of San José, Website. Climate Advisory Commission (CAC) (English).
<https://www.sanjoseca.gov/your-government/departments-offices/energy/climate-smart-san-jose/climate-advisory-commission-cac>
- City of San José, Website. Zero Emissions Neighborhood (ZEN) Pilot (English).
<https://www.sanjoseca.gov/your-government/departments-offices/energy/climate-smart-san-jose/zero-emissions-neighborhood-zen-pilot>
- European Commission, Website. Energy Poverty Advisory Hub.
<https://energy-poverty.ec.europa.eu/>

Fachhochschule Dortmund, Website. Projekt GRUND:KLIMA.

<https://www.fh-dortmund.de/microsite/nachhaltigkeit/forschung/projekt-grund-klima.php?loc=de-DE>

ICLEI - Local Governments for Sustainability (2022). Equitable transitions guidebook: Local tools for fair and inclusive sustainability programs (English). Bonn.

<https://circulars.iclei.org/wp-content/uploads/2022/06/Equitable-Transitions-Guidebook-1.pdf>

ICLEI - Local Governments for Sustainability and Urban Community for Sustainable and Just Cities (2023). How funders can support community-led initiatives: 8 Lessons Learned (English).

<https://sustainablejustcities.eu/resources/how-funders-can-support-community-led-initiatives-0>

ICLEI - Local Governments for Sustainability (2024): Chancengleichheit im Klimaschutz. Policy Paper zur gerechten Teilhabe von Grundsicherungsempfänger:innen an kommunalen Förderprogrammen. Bonn/Freiburg.

https://sustainablejustcities.eu/sites/default/files/media/Amended_INCLUDE%20national%20policy%20brief.pdf

ICLEI - Local Governments for Sustainability (2024). Climate Equity Toolbox. A how-to guide for making municipal subsidy programs more socially just (English). Bonn/Freiburg.

https://sustainablejustcities.eu/sites/default/files/media/INCLU_DE%20Climate%20Equity%20Toolbox_municipal%20subsidy%20programs.pdf

ICLEI - Local Governments for Sustainability (2025). Advancing a Just Urban Transition: How the European Commission can support local governments in managing an inclusive and socially fair energy transition (English). Bonn/Freiburg.

https://sustainablejustcities.eu/sites/default/files/media/INCLUDE_EU%20policy%20paper_0.pdf

ICLEI – Local Governments for Sustainability and City of Malmö, Website. The Malmö Commitment (English).

<https://malmo-commitment.org/es/about/>

Malmö Stad, Website. Klimatkontrakt Malmö (Swedish).

<https://malmo.se/Miljo-och-klimat/Klimatkontrakt-Malmo.html>

Sequeira, Miguel Macias et al. (2024). Practical guide: Development of renewable energy communities by citizens, associations, and local governments – The example of the Telheiras/Lumiar Renewable Energy Community (English).

<https://fireflyenergylab.com/research/publications/107>

Stadt Essen, Website. Förderprogramm für Lastenräder und Fahrradanhänger.

<https://www.essen.de/leben/umwelt/nachhaltigkeit/lastenradfoerderung.de.html>

Stadt Heidelberg, Website. Förderprogramm Rationelle Energieverwendung.

<https://www.heidelberg.de/HD/Leben/Foerderprogramm+Rationelle+Energieverwendung.html>

State of California - Office of Environmental Health Hazard Assessment (OEHHA), Website. CalEnviroScreen (English).

<https://oehha.ca.gov/calenviroscreen>

Statistisches Bundesamt (2025). Kommunen verzeichnen im Jahr 2024 Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_126_71137.html



Strid, Sofia et al. (2023). ACCTING Factsheet: Inclusive civil society for an inclusive Green Deal (English).
<https://doi.org/10.5281/zenodo.8355807>

United Nations General Assembly (1998). Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms (A/RES/53/144).

United Nations General Assembly (2022). The human right to a clean, healthy and sustainable environment (A/RES/76/300).

Viable Cities and City of Malmö (2021). Climate City Contract 2030 (English). Malmö.
https://viablecities.se/wp-content/uploads/2023/11/Climate_City_Contract_2030_ENG_Malmo.pdf

Weiterführende Literatur zu barrierearmer Sprache und Kommunikation

Dörr, Catharina (2024). Inklusiv, barrierefrei, divers: Warum wir eine Klimakommunikation für alle brauchen.
https://www.climatemediafactory.de/blog/inklusiv_barrierefrei_divers_klimakommunikation_fuer_alle/

Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) (2018). Medienbildung für alle: Medienbildung inklusiv gestalten! Positionspapier der Fachgruppe Inklusive Medienbildung der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK).
https://www.gmk-net.de/wp-content/uploads/2018/10/positionspapier_medienbildung_fuer_alle_20092018.pdf

Netzwerk Leichte Sprache, Website. Regeln der Leichten Sprache.
<https://www.netzwerk-leichte-sprache.de/de/infos-zur-leichten-sprache/die-regeln>

Stadt Berlin, Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, und Landesstelle für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung (LADS) (n.d.). Vielfalt zum Ausdruck bringen! Ein Leitfaden für Mitarbeitende der Berliner Verwaltung.
<https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/diversity-landesprogramm/diversity-und-sprache-bilder/>

